

Gedenkstättenrundbrief

Februar 1987

NR. 18



Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V.

Gedenkstättenreferat

Inhaltsverzeichnis:

B Berichte

- Wiedergutmachung - Otto Küster zum 80. Geburtstag
ein Artikel von Götz Aly und Christian Pross 3
- Erinnern in Bonn bleibt aktuelle Aufgabe - Jahresbericht
des Vereinsvorsitzenden Rolf Schlößmann 4
- Die Arbeit des DIZ Emslandlager im vergangenen Jahr -
ein Bericht von Kurt Buck 6

C Infos, News

- Beklemmung nach Todesanzeige für Wannsee-Konferenz-
Teilnehmer 5
- Rottweiler Friedensgruppe gründet Förderverein zur Er-
richtung einer Gedenkstätte im ehemaligen KZ-Außenlager
Schörzingen 9
- Hess. Lichtenau: Kein Geld für Folgetreffen ehemaliger 10
Zwangsarbeiter und Dienstverpflichteter
- Seminar des Arbeitskreises Stadtgeschichte stieß auf 10
bundesweite Resonanz - Eine Tagung in Salzgitter
- Gemeinderat votiert gegen Gedenkstätte - Bericht über die 11
Bemühungen zur Aufstellung einer Gedenktafel am ehemaligen
KZ-Außenlager Dernau

D Veranstaltungen, Termine

- Nächstes Gedenkstättenseminar vom 11.-14. Juni in Drütte 12
- Übernächstes Gedenkstättenseminar vom 8.-11. Oktober in 12
Flossenbürg
- Seminar zur Regionalgeschichte in Schweinfurt vom 12
13.-15. März
- Tagung der Ev. Akademie zum Umgang mit der Zeitge- 13
schichte vom 3.-5. April

E Literaturhinweise

F Beilage

- Buchtip: Verachtet, Verfolgt, Vernichtet, hg. von der Projekt-
gruppe für die vergessenen Opfer des NS-Regimes

Wiedergutmachung

Otto Küster zum 80. Geburtstag. Christian Pross und Götz Aly erinnern aus Küsters vom Bundesfinanzministerium abgelehnten Beitrag

taz MITTWOCH, 7.1.87

Hute ist Otto Küster zum 80. Geburtstag zu gratulieren. Der schwäbische Jurist ist eine kanige, wenn auch den Lesern dieser Zeitung kaum bekannte Symbolfigur der Wiedergutmachung und des Versuchs einer Aussöhnung mit Israel. Er verstand und versteht sich als „gewissenhafter Schuldner“, er sah es als historische Aufgabe an, „in Deutschland das geschundene Recht und die Demokratie wieder aufzurichten“. Aus einer heute kaum mehr vorstellbaren Minderheitsposition versuchte Küster diese Sisyphusarbeit ab 1945 gegen ein fast vollständig nazifiziertes Volk, dem seine Opfer wenig und Selbstmitleid sehr viel bedeuteten.

Dabei stilisierte sich Küster niemals zum verborgenen oder gar aktiven Mann des Widerstandes: Die fortschreitende Entrechtung und

Vertreibung der Juden habe auf ihn „wie ein Narkotikum gewirkt“ und er habe vor sich „die Möglichkeit

Auschwitz verborgen“. Im Oktober 1945 wurde er als Referent für Gesetzgebung in das Justizministerium Württemberg-Badens berufen und dort im März 1947 zum Staatsbeauftragten für Wiedergutmachung. Er formulierte die Grundzüge des alliierten Rückstattungs-gesetzes von 1947, ebenso die des Entschädigungsgesetzes der amerikanischen Besatzungszone von 1949 und wurde schließlich 1952 stellvertretender Verhandlungsleiter bei den Haager Wiedergutmachungs-Verhandlungen mit Israel und der Jewish Claims Conference — neben dem Delegationsleiter, dem CDU-Bundestagsabgeordneten Franz Böhm, war Küster einer der wenigen, die die Israelis überhaupt als Verhandlungspartner akzeptierten. Die deutschen Unterhändler genossen

in dieser schwierigen Situation — sie hatten die andere Seite stehend und ohne Handschlag zu erwarten — nicht das Vertrauen der eigenen Regierung, die sich unter dem Einfluß von Hermann Josef Abs mit Altmosen — etwa der allen Ernstes erwogenen und als abschließende Geste gedachten Stiftung eines Krankenhauses an Israel — aus der Affäre zu ziehen versuchte. Insbesondere der CSU-Finanzminister Fritz Schäfer, unterstützt durch einen jungen Abgeordneten Strauß, blamierte die deutsche Delegation in Den Haag permanent. Das zwang Küster schließlich — wenn auch in kalkulierter Absprache mit Böhm — zum Rücktritt. Durch diesen international wirksamen Eklat konnte er indirekt Adenauer zum Einlenken zwingen und einen Gutteil der israelischen Forderungen in Bonn durchsetzen. Küsters aus diesem Anlaß gehaltene Radio-Rede gehört in jedes Geschichtsbuch der Bundesrepublik.

1952/53 focht Küster im Bundesrat mit all seiner Energie, sprachlichen Ungebrochenheit und Rechtsgelehrsamkeit für ein möglichst weitgehendes Bundesentschädigungsgesetz. Ein Kampf, den er hinhalten und auch durch ständige Niederlagen nicht entwirrt bis heute führt: 1954 wurde er mit rüden Methoden als Leiter des baden-württembergischen Amtes für Wiedergutmachung von dem späteren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes Gebhard Müller verjagt. Noch heute ist das Bundesfinanzministerium aufgrund einer Intervention Stoltenbergs nicht bereit, Küsters Beitrag für das hauseigene sechshändige Unrecht zu dem Druck zuzulassen. Es geht um Formulierungen, die im gedämpften Bonner Klima als zu aggressiv und vor allem als zu wahrheitsgetreu gelten. Noch vor wenigen Jahren schaffte es Küster, auch

den Vorsitzenden des Entschädigungssenats am BGH, den Bundesrichter Hermann Zorn, zum Auszug aus einer entsprechenden Tagung der Akademie in Bad Boll zu provozieren. Ein hohes Verdienst, denn Zorn wurde als ehemaliger Beamter im Bundesfinanzministerium gewissermaßen als Agent der Exekutive in das Richteramt befördert, um dort durch höchststrichterliche Urteile das zu amputieren, was sich von den eher wenigen gesetzgeberischen Großzügigkeiten durch das Ministerium nicht hatte verhindern lassen.

Als streitbarer Schwabe, Jurist, Protestant und Demokrat gehört Otto Küster zu den ganz wenigen, die einer stumpfen Auszeichnung Glanz geben könnten und der auch bereit wäre, sie entgegenzunehmen, fraglich allerdings, ob ausgerechnet von uns und überhaupt in der taz: Otto Küster hat sich um die Bundesrepublik verdient gemacht!

Anfangszeiten der Wiedergutmachung

Otto Küster über Adenauer, Schacht und den „Frieden mit Israel“

Die Präambel des Grundgesetzes ließ das deutsche Volk in den westlich besetzten Ländern zwar vor Gott seine gesandten und europäischen Strukturen bedenken, aber obwohl es der Bundesrepublik den Namen Deutschland gab, kam nicht in den Blick, wie entscheidungsbedürftig dieser Name war. Die Wiedergutmachung fand nur im Katalog der konkurrierenden Bundeszuständigkeit zur Gesetzgebung Erwähnung — hinter den Ständesätern, und zwar wenigstens wie in Bayern mit diesem klaren Namen Wiedergutmachung, aber zusammen mit den „Kriegsschäden“ und hinter dem, und auch das Rechtswort Anspruch blieb unverwendet.

Doch zwei Jahre später hat dann im großen Stil Adenauer im Namen Deutschlands gesprochen und gehandelt. Die Rede von der deutschen Kollektivschuld nachzusprechen, lehnte er auf entschiedenste ab. Aber er sprach an auf den richtigen Begriff, daß die Verbrechen im deutschen Namen begangen worden waren. Als der junge Staat Israel 1951 mit dem Ansinnen an die beiden deutschen Nachfolgestaaten herantrat, ihm die Eingliederungskosten für die mehreren hunderttausend entronnenen Juden zu erstatten, erregte er auch bei den Wohlgesinnten nur aufgebracht Verwunderung, wie das schon Erich Lühns nur vom Geist der Sache ermächtigt Wort getan hatte: „Wir bitten Israel um Frieden“.

Adenauer aber ließ sich auf das in seiner Art unerhörte Ansinnen ein, an das das Drängen der jüdischen Weltverbände angehängt war, zugleich die individuelle Wiedergutmachung von Bundes wegen zu regeln. In seiner Bundestagsrede vom 27. September 1951 bekannte sich der erste Bundeskanzler zu der „Verpflichtung, die im Namen des deutschen Volkes begangenen Verbrechen wiedergutzumachen“. Die Bundesregierung selbst bereit, gemeinsam mit Vertretern des Juden-

tums und des Staates Israel, der so viele heimatlose jüdische Flüchtlinge aufgenommen habe, eine Lösung des materiellen Wiedergutmachungsproblems herbeizuführen und damit den Weg zur seelischen Bereinigung unendlichen Leidens zu erleichtern. Adenauer scheute sich auch, von der vornehmsten Pflicht des deutschen Volkes zu sprechen. Der Bundestag stimmte seiner Erklärung zu.

Als im neutralen Holland zunächst die staatlichen Delegationen ihre Arbeit begannen, mutete das diplomatische Protokoll der deutschen Seite zu, als erste hinter dem Verhandlungstisch zu erscheinen und stehend die Männer aus Israel zu erwarten. Es geschah so, wenn auch nicht ohne Murmeln des Ministerialdirektors aus dem Bonner Finanzministerium. Diese Generation blieb hart im Lernen, in welcher Haltung allein sich so etwas wie die deutsche Ehre wieder aufrichten konnte.

Das Auf und Ab der Verhandlungen ist hier nicht zu schildern. Sie fanden statt im Schattendeckel in London von dem Bankier Hermann J. Abs geführten allgemeinen Verhandlungen über die deutschen Auslandsschulden und dazu nach Maßgabe der schwankenden Dringlichkeit, um dem werdenden Deutschlandvertrag zuliebe auch wirklich Durchgreifendes zuzumuten. Keinem Staatsmann sei ein zweites Motiv verdacht. Aber dem Kanzler Adenauer täte Unrecht, wer ihm absprache, daß er fühlte, was er sagte. In der entscheidenden Sitzung erklärte er, Abs folgend, eine Leistung an Israel in der Größenordnung von drei Milliarden, auf die die Haager Delegation das Verlangte herabgehandelt hatte, für unmöglich. Vielleicht reiche es doch auch, ein schönes Spital zu schicken. Da fiel das Wort: Blutgeld. Mansah, wie es ihn packte. Er wiederholte es abwägend, wie unter einem uralten Schauer. Dann sagte er: „Ich ändere meine Meinung“. Mit zu reden hatte da noch

der Hohe Kommissar der Vereinigten Staaten. Ihn gewann Abs, ein vornehmer Unterlegener, noch am selben Tag für die geänderte deutsche Meinung.

Das demgemäß dann — dank der unvergleichlichen Geduld Franz Böhm — am 10. September 1952 in Luxemburg auch wirklich geschlossene Abkommen über einen deutschen Beitrag zu den Eingliederungskosten in Höhe von drei Milliarden blieb ohne offiziellen Namen. Ein fahrlässiger Sprachgebrauch hat es als Reparationsabkommen bezeichnet. Als uns Ägypten vorwarf, dem noch mit ihm im Kriegszustand befindlichen Israel Kriegshilfe zu leisten, war die deutsche Leistung als eine Sühnleistung und mit dem „Recht zu sühnen“ verteidigt worden. Der präzise Name Sühneabkommen wurde dem, in modernen Zeiten einzigart-

igen, Vertragswerk zwar nur im hebräischen Sprachgebrauch zuteil, doch die dem Abkommen vorangestellte „Erwägung“ redete auch auf deutsch die gebotene Sprache, indem sie von den unsagbaren Verbrechen sprach, die gegen das jüdische Volk unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft verübt worden seien und deren materielle Schadensfolgen nach dem Willen der Bundesrepublik Deutschland in den Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit wiedergutmacht werden sollten. Wiedergegeben hat dabei die englische Urschrift in diesem einen Fall das deutsche Sonderwort wiedergutmachen, allemal eine Verlegenheit für die Übersetzer, wörtlich mit to make good.

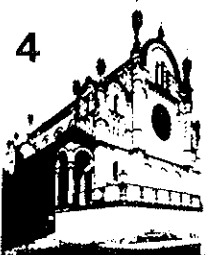
Das Abkommen bedurfte noch der Ratifikation durch ein Bundesgesetz. Eine Gegenbewegung, an-

geführt von dem unseligen Hjalmar Schacht, versuchte das Gesetz, also die Durchführung des unterzeichneten Abkommens, zu verhindern. Adenauer ließ sie ablaufen und nahm in Kauf, daß 86 Abgeordnete seiner ersten Koalition im März des Wahljahres 1953 gegen sein Werk stimmten. Im Herbst errang er die absolute Mehrheit.

Aus: Berliner Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, 16. Mai 1986. Ein weiterer Aufsatz von Küster, ein Plädoyer für einen jüdischen Zwangsarbeiter, dem er im Prozeß gegen die IG Farben als „Partisan seiner Sache“ zur Seite trat, ist soeben in dem Band 2 der „Dachauer Hefte“ (zu bestellen bei der KZ-Gedenkstätte Dachau, Alte Römmerstraße 75, 8060 Dachau, Preis 22,- DM) abgedruckt worden.



Felix Nussbaum, Die Verdammten, 1944.



RUNDBRIEF

Nr. 8, Jahrgang 1

Nov.-Dez. 1986

Erinnern in Bonn bleibt aktuelle Aufgabe

Rede des Vereinsvorsitzenden vor der Mitgliederversammlung

Von Rolf Schießmann

Ein Höhepunkt in der kurzen Geschichte des Vereins an der Synagoge war die Krönung des sogenannten Verkhauses in der Plittersdorfer Straße am 7. März dieses Jahres. Der Verein konnte sich dabei eines breiten öffentlichen Zuspruchs erfreuen und zwar - was leider nicht immer gelingt - durch einen Personenkreis von sehr unterschiedlicher gesellschaftlicher und politischer Herkunft.

Dieses Haus bietet für den Verein und seine Ziele eine gute Arbeitsmöglichkeit. Es kann aber nur die Übergangslösung bedeuten, weil es für Ausstellungen nicht groß genug ist.

Vor allem kann mit ihm nicht das uns wesentliche Moment einer Gedenkstätte verwirklicht werden, ganz abgesehen davon, daß es zu wenig zentral gelegen ist.

Der Vorstand hatte das letzte grundsätzliche Gespräch mit dem Oberbürgermeister am 23. Dezember 1985, bei dem es nach dem Scheitern des Projektes, am Brückenhaus die Gedenkstätte zu errichten, um überzeugende Alternativen einer Unterkunft im Zentrum der Stadt ging.

Damals wurde die Idee, die die Vertreter der Stadt schon vorher mit uns besprochen hatten, vom OB bekräftigt, nämlich im jetzigen Kunstmuseum den Verein unterzubringen.

Zwischenzeitlich haben wir die maßgeblichen Stellen der Stadt immer wieder schriftlich und mündlich gebeten, wenn nicht sogar angewandt, durch einen Ratsbeschluss die Einrichtung der Gedenkstätte im Museum in der Rathausgasse festzumachen.

Das ist noch nicht geschehen, weil offenbar städtischerseits Unsicherheiten über die künftige Nutzung des Kunstmuseums bestehen, die durch eine Museumsfachmannin, Frau von Rohr aus Hannover, die auch mit dem Verein im Gespräch war, verstärkt wurden. Sie bezweifelte die Eignung des Hauses.

Im vorigen Monat haben wir immerhin zwei Briefe erhalten, die hoffen lassen, daß das Anliegen des Vereins nicht vergessen ist. Der OB schrieb am 27. Oktober 1986:



"Nach wie vor bin ich der Auffassung, daß diese Gedenkstätte räumlich in ein künftiges Historisches Stadtmuseum an einem zentralen Standort einbezogen werden sollte.

Nachdem sich der Rat nun grundsätzlich für die Einrichtung eines Historischen Stadtmuseums ausgesprochen hat, ist als nächstes die Frage des Standortes zu klären.

Wie Sie wissen, sind zur Zeit mehrere Standorte im Gespräch. Darin einbezogen sind auch die Räume des heutigen städtischen Kunstmuseums in der Rathausgasse.

Auch für den Fall, daß der Rat sich für einen anderen Standort entscheiden sollte, käme zunächst eine provisorische Unterbringung in diesen Räumlichkeiten in Betracht... Sie können aber sicher sein, daß Ihr Anliegen, in Bonn eine lokale Gedenkstätte einzurichten, nicht vergessen ist".

Der Fraktionsvorsitzende der CDU schreibt: "Ich kann Ihnen versichern, daß Ihr Anliegen, eine zentrale Gedenkstätte in Bonn zu errichten, auch in der CDU-Fraktion weiterhin verfolgt wird".

Arbeit im Verkhaus

Einen wichtigen Höhepunkt für die Arbeit im Verkhaus sehe ich im Besuch der ehemaligen Bonner Juden während der diesjährigen Begegnungswoche am 26. September (s.a. den Beitrag: "Seltene Gäste im Verkhaus").

Die Begegnung hier war nicht ohne Brisanz, weil unsere Gäste als Betroffene ja vor der Dokumentation des Unrechts und Schreckens standen, das sie und ihre Angehörigen erleiden mußten.

Trotzdem gelang es, mit den jüdischen Besuchern in Kleingruppen in zum Teil intensive Gespräche zu kommen. Wir haben dabei auch neue Anregungen und Ergänzungen er-

halten zur Situation der Bonner Juden in der Zeit der Verfolgung, sowie Hinweise auf Zeitzeugen, die noch anzusprechen wären.

Ich denke, es ist wichtig, daß die Juden die Arbeit des Vereins für eine ernstzunehmende, unterstützungswürdige Arbeit halten; einige haben es auch durch ihre Mitgliedschaft oder Spenden deutlich ausgedrückt.

Seit Ende des vorigen Jahres arbeiten in unserem Verein vier ABM-Kräfte als hauptamtliche Mitarbeiter, außerdem Herr Rosendahl als eine Art Geschäftsführer, und seit Mitte des Jahres ein Zivildienstleistender als eine Art Hausmeister, der hier auch - aus Sicherheitsgründen - wohnt.

Schwerpunkte

Die Mitarbeiter haben sich in der relativ kurzen Zeit bis heute neben ihrer Tätigkeit im Verkhaus, insbesondere auf die Befragung von Zeitzeugen und die dazugehörige Dokumentation konzentriert, was wir als Verein - weil die Zeit drängt - als nötigen Schwerpunkt erkannt hatten.

Es fanden über 85 Interviews statt und entsprechend viele Tonkassetten wurden erstellt. Die Zeitzeugen stammen aus folgenden Gruppierungen: aus dem Judentum, aus der evangelischen und katholischen Kirche, bei der katholischen Jugend besonders aus dem Bund Neudeutschland, aus christlichen Gewerkschaften und Deutscher Demokratischer Bewegung, aus SPD und KPD im Widerstand, daneben Zwangssterilisierte und Fremdarbeiter.

Weiterführend und hilfreich zur Auswertung war auch eine Fragebogenaktion zum Leben ehemaliger Bonner Juden: von 200 Angeschriebenen sandten 60 ihre Antworten und dokumentarisches Material zurück. Außerdem wurden vier Videofilme mit Zeitzeugen produziert.

Für die Arbeit im Verkhaus sind hervorzuheben:

1. Führungen für - bis dato - 52 Gruppen, meist Schulklassen, aber auch für Caritas, Pax Christi, Jugendamt, Schwesternschule des Marienhospitals, Montag-Club usw. Es kamen auch ausländische Gruppen aus der DDR, Sowjetunion, aus Griechenland u.a.;

2. Ausstellungen, die durch ihre entsprechende Eröffnung die Öffentlichkeit in besonderer Weise auf die Ziele unseres Vereins aufmerksam machten: z.B. über den jüdischen Friedhof in Weissensee oder die Bonner Künstler im Dritten Reich;

3. Treffen der Arbeitskreise zu den Themen Fremdarbeiter, Sinti und Roma, Neonazismus, Frauen im Dritten Reich.

Schließlich werden hier die Informationen erstellt: der Rundbrief, die Pressemitteilungen usw. Hier laufen inzwischen auch die Anfragen zu NS-Zeit und Neonazismus in Bonn zusammen. Daraus ergeben sich Hilfestellungen und Projektangebote.

Es ist auch hinzuweisen auf die inzwischen auf 400 Bände angewachsene Bibliothek im Verkhäus, die fachgerecht eingerichtet wurde.

Zu erwähnen ist ferner der Kontakt zu Organisationen, die themenverwandt arbeiten, zu anderen Gedenkstätten in der Bundesrepublik, und die Teilnahme an Tagungen der Gedenkstätteninitiativen.

Ich finde es erfreulich, daß es mit unserem jungen Verein an der Synagoge jetzt drei Vereinigungen in Bonn gibt, deren Arbeitsgebiet und Anliegen sich in der Bemühung um das Judentum in Geschichte und Gegenwart berührt. Sie haben sehr unterschiedliche Mitglieder, die natür-

lich auch den Arbeitsstil bestimmen.

Venn sie zusammenarbeiten, besteht vielleicht die begründete Hoffnung, daß in der Bonner Bürgerschaft die Aufgabe gesehen wird, unsere Vergangenheit nicht zu verdrängen, sondern aufzuarbeiten, gerade auch im Blick auf die Zeit, in der wir leben.

Der Verein zählt jetzt 86 Mitglieder und 25 Mitgliedsorganisationen. Es könnten mehr sein, letztendlich wegen des Haushalts des Vereins, der schwach ist. Werbung tut also not, vor allem in der Bürgerschaft.

Aber es wäre auch gut, wenn die jetzigen und die potentiellen Mitglieder sich noch mehr an der Gestaltung des Vereins und seiner Aufgaben beteiligen würden.



George Grosz, Wir werden es Ihnen beibringen, 1935

Beklemmung nach Todesanzeige für Wannseekonferenz-Teilnehmer

Ehemaliger SS-Offizier und späterer Anwalt als Wohltäter gerühmt / Bei Beratungen über die Anzettung der Juden dabei

FA 8.2.

ULM/BERLIN, 4. Februar (AP/dpa). Empört hat sich der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski, über die Anzeige geküßert, die nach dem Tode des letzten Teilnehmers der berühmten Wannseekonferenz erschienen ist. Der Rechtsanwalt Gerhard Klopfer, der einst als Vertreter der Parteikanzlei Adolf Hitlers an den Beratungen über die „Endlösung der Judenfrage“ teilgenommen hatte, war vor einigen Tagen in Ulm gestorben.

In der Montagausgabe der Ulmer „Südwest-Presse“ veröffentlichte die Familie des Juristen, der am 18. Februar 82 Jahre alt geworden wäre, eine Todesanzeige, in der es hieß: „... nach einem erfüllten Leben zum Wohle aller, die in seinem Einflußbereich waren.“ Am Mittwoch brachte die „Südwest-Presse“ einen Bericht über den Tod dieses Mannes, in dem der Verfasser unter anderem schrieb: „Bei einigen Ulmern hat die in unserer Zeitung veröffentlichte Todesanzeige am letzten Montag Beklemmung hervorgerufen... Die Witwe der Verstorbenen (Klopfer heiratete sie vor zehn Jahren nach dem Tod seiner ersten Frau) erklärte gegenüber unserer Redaktion, daß damit in erster Linie die Bekannten und Klienten aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg gemeint seien. „Es ist auf alle die bezogen, die uns so oft erklärt

haben, wie anständig er sich ~~were~~ verhalten hat.“ Dies habe aber auch für sein Wirken im Nazi-Staat gegolten, wo er gegenüber oberen Stellen Bedenken gegen Dinge angemeldet habe, die „unanständig“ waren und für die er anständige Lösungen suchte.“

Klopfer, 1905 in Schrettersdorf (Riesengebirge) geboren, war nach Angaben der Ludwigsburger Zentralstelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen am 1. April 1933 in die NSDAP eingetreten und „in rascher Folge“ befördert worden, zuletzt am 9. November 1944 zum SS-Obergruppenführer, einem Rang, der dem eines Generals entspricht. Gleichzeitig war er Staatssekretär in der von Martin Bormann geleiteten Parteikanzlei Hitlers. Am 20. Januar 1942 gehörte er zu den insgesamt 15 Teilnehmern der Konferenz in der Villa am Großen Wannensee 56/58 in Berlin, in der Reinhard Heydrich vom Reichssicherheitshauptamt die Pläne für die Ermordung von Millionen Juden in Europa darlegte. Nach dem Kriege wurde Klopfer entnazifiziert, ließ sich dann im Raum Ulm/Neu-Ulm und später in Ulm nieder, wo er als Rechtsanwalt nach Angaben der „Südwest-Presse“ ein „unauffälliges Leben“ führte.

Eine Strafanzeige der Ludwigsburger Zentralstelle gegen Klopfer wegen der Teilnahme an der Wannseekonferenz

wurde von der Staatsanwaltschaft Ulm am 19. Januar 1962 eingestellt, weil nicht nachgewiesen werden konnte, daß er zur Judenvernichtung beigetragen hat (Aktenzeichen 4 JS 15 226/60). Auch weitere Strafanzeigen von Privatpersonen gegen Klopfer wurden von der Staatsanwaltschaft Ulm eingestellt.

Als „empörend“ bezeichnete nun Galinski die Würdigung Klopfers in der Todesanzeige. Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde, ein Überlebender des Konzentrationslagers Auschwitz, sagte der AP, der Wortlaut dieser Anzeige sei „so empörend“, als erst im letzten Monat in Berlin der 45. Jahrestag der Wannseekonferenz begangen worden sei. „Gleichzeitig kritisierte Galinski einen Beitrag der SFB-Sendung „Kontraste“ vom 27. Januar, in der mehrere ältere Intellektuelle Zweifel an der Massenermordung von Juden während des Zweiten Weltkrieges äußerten und Fotos sowie Filme über die Berge von Leichen und ihrer Hülle als Fälschungen bezeichneten. Enttäuschung äußerte Galinski darüber, daß das Fernsehen solchen Menschen überhaupt die Gelegenheit biete, diese Ansichten zu äußern. Noch bitterer sei jedoch die Erkenntnis, daß es Menschen gebe, die nicht nur unbekannt gewesen, sondern es auch offensichtlich geblieben seien.

Vorletzter Überlebender der Wannseekonferenz war der ehemalige Reichsamtseiler Leibbrandt aus dem Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete, der vor wenigen Jahren starb.

★

OTTAWA (AFP). Die kanadische Regierung soll den Ausschuß, der über in Kanada lebende ehemalige Nazi-Kriegsverbrecher ermittelt, aufgefordert haben, einen Teil seines Berichts umzuschreiben. Wie ein Regierungsvertreter, der nicht genannt werden möchte, am Montag in Ottawa mitteilte, soll damit verhindert werden, daß die Öffentlichkeit die Betroffenen identifiziert.

Der Ausschußvorsitzende, Richter Jules Deschenes, hatte am 23. Dezember letzten Jahres nach fast zweijährigen Ermittlungen seinen Bericht vorgelegt, dessen einer Teil zur Veröffentlichung bestimmt ist, während der andere als vertraulich eingestuft werden soll. Namen werden nur im zweiten Teil angegeben, in denen auch Maßnahmen für den Fall empfohlen werden, daß genügend Beweismaterial zusammenkommt. Verschiedene Regierungsmitglieder fürchteten jedoch, im ersten Teil enthaltene Angaben wie Ankunftsdaten, Aufenthaltsort oder Staatsbürgerschaft könnten zur Identifizierung führen.

1.2 Kleingruppen (3-6 Personen)

1.2.1 Familien u.ä.

Besonders in den Sommermonaten wird das DIZ häufig von sich auf der Durchreise befindlichen Personen besucht, die oft umfangreiche Vorkenntnisse besitzen und ihren Aufenthalt zu detaillierten Fragen nutzen. Sie suchen das Gespräch und erzählen häufig über Gedenkstätten oder Mahnmale, die in der Nähe ihrer Heimatorte liegen.

1.2.2 Zunehmend kommen Gruppen aus kirchlichen, gewerkschaftlichen oder friedenspolitischen Kreisen in das DIZ. Sie sind ausschließlich hochmotiviert, haben Kenntnisse über die nationalsozialistische Geschichte und über einzelne Emslandlager und richten gezielte Fragen an uns. Ihr besonderes Interesse gilt oft der Einsicht in die vorhandenen Dokumente (bes. Prozeßakten) und in die Häftlingsberichte.

Manchen dient der Aufenthalt der Vorbereitung eines Besuchs mit einer größeren Gruppe. Durch das gemeinsame Planungsgespräch können die besonderen Interessen und die Kenntnislage der zu erwartenden Gruppe in das Programm einbezogen werden. Ebenfalls können so den Gruppenleitern Anregungen für die Vor- und Nachbereitung der Veranstaltung im DIZ vorgeschlagen werden.

1.3 Gruppen mit 7 und mehr Personen

1.3.1 Ca. 60 % dieser Gruppen sind Schulklassen mit ihren Lehrern/Lehrerinnen. Während aus Papenburg und der nahen Umgebung nur selten Klassen den Weg in das DIZ finden, nimmt der Besuch aus dem Emsland und aus Ostfriesland, auch als Resultat mehrerer Lehrerfortbildungsveranstaltungen des DIZ, in den letzten Monaten deutlich zu, begünstigt durch die Möglichkeit, Fahrten zum DIZ durch die Landeszentrale für politische Bildung mit 80 % bezuschussen zu lassen.

Ausnahmen lassen sich alle Klassen nach dem Ausstellungsbesuch den einführen den Diavortrag zur Geschichte der Emslandlager zeigen. Obwohl bei den häufigen Diavorträgen die Gefahr eines zu gestaltenden 'routinisierten' Erzählens besteht, verzichten wir bewußt auf den Einsatz einer zu gestaltenden Ton-Dia-Schau, um während des Vortrags die Möglichkeit zu behalten, die Schüler und ihre Vorkenntnisse einzubeziehen, Zwischenfragen zu ermöglichen und besondere Interessen stärker in den Vordergrund zu rücken. Vor einer 5. Klasse muß der Vortrag inhaltlich und sprachlich anders gestaltet sein als z.B. vor Leistungskursteilnehmern.

Mehr als die Hälfte der Klassen unternimmt anschließend mit unserer Begleitung eine Rundfahrt zu ehemaligen Lagerstandorten und zum Gedenkfriedhof Esterwegen. Bei Gruppen mit mehr als 20 Personen versuchen wir, mit beiden Mitarbeitern die Rundfahrt zu begleiten, um möglichst vielen als Ansprechpartner dienen zu können.

Zur Vorbereitung des Besuchs einer Schulklasse, aber auch aller anderer Gruppen, muß u.E. in einem Gespräch mit dem begleitenden Pädagogen/Leiter erläutert werden, welche Vorkenntnisse und Interessen die Teilnehmer haben, wie auf den Besuch vorbereitet und wie er nachbereitet wird. Sonst besteht die Gefahr der Über- oder Unterforderung der Schüler und damit enttäuschter Erwartungshaltungen, manchmal auch unsererseits.

1.3.2 Stark zunehmend ist die Zahl der Gruppen von Zivildienstleistenden, Teilnehmern von "Arbeit und Lernen"-Maßnahmen, kirchlichen Jugendgruppen, Auszubildenden, Lehrern (s. 3.) und in der Erwachsenenbildung tätigen Pädagogen. Da sowohl ihre Vorkenntnisse als auch ihre Interessen sehr unterschiedlich sind, lassen sich hier keine allgemeinen Anforderungen, die auf alle Gruppen zutreffen, formulieren.

1.3.3 Insbesondere in den Sommermonaten waren mehrmals Teilnehmer an internationalen Workcamps zu Gast im DIZ, u.a. die eines Workcamps in Emlichheim, eines deutsch-niederländischen Camps der Naturfreundejugend Dortmund, intern. Gäste der Pax-christi-Route (1 Woche), außerdem mehrere Gruppen von Austauschschülern und polnische, dänische, niederländische und französische Jugendgruppen. Ihrem Besuch ging eine langfristige Planung der Teamer voraus, in die wir einbezogen wurden, organisatorische und inhaltliche Vorschläge machten und uns auch, und das war manchmal nicht leicht, auf die Seminarsprache einstellen konnten. Bei einzelnen Camps übernahmen wir die inhaltliche Gestaltung und hielten uns an mehreren Tagen am Veranstaltungsort auf.

Aufgaben- und Tätigkeitsfelder des DIZ (Zeitraum Dez. 1985 bis Dez. 1986)

Im Mai 1985 wurde das (provisorische) "Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager" (DIZ) in Papenburg eröffnet. In dem angemieteten Haus Wick re. 22 sind in 6 Räumen untergebracht: eine Dauerausstellung zur Geschichte der Emslandlager 1933-1945 (4 Räume), ein Medienraum (z.Zt. im Umbau) sowie ein Büro.

Momentan arbeiten wir im DIZ mit zwei wissenschaftlich und pädagogisch qualifizierten hauptamtlichen ABM-Kräften, die in ihrer Tätigkeit durch im Verein aktive Historiker, Didaktiker und Pädagogen unterstützt werden.

Im folgenden möchten wir, Angelika Kaus und Kurt Buck, die wesentlichen Aufgaben- und Tätigkeitsfelder beschreiben, die in den vergangenen zwölf Monaten unsere Arbeit als hauptamtliche Kräfte bestimmt haben.

1. Besucher des DIZ

Eine der Hauptaufgaben des DIZ und damit unserer Arbeit liegt in der Betreuung und Begleitung der Besucher des DIZ. Daher soll zunächst auf die Besucherstruktur und die sich daraus ergebenden differenzierten Anforderungen eingegangen werden.

In den vergangenen zwölf Monaten besuchten ca. 3400 Personen das DIZ. Die durchschnittliche Verweildauer (einbezogenen Rundfahrten) unter der Betreuung und Begleitung eines der oder beider DIZ-Mitarbeiter betrug bei Einzelbesuchern (1-2 Personen, ca. 5 % der Gesamtbesucherzahl) 1 1/2 Stunden, bei Kleingruppen (3-6 Personen, ca. 15 %) 3 Stunden und bei größeren Gruppen (ca. 80 %) 4 Stunden.

1.1 Einzelbesucher

1.1.1 Einwohner aus Papenburg oder aus Orten in unmittelbarer Umgebung ehemaliger Lagerstandorte besuchen das DIZ nur selten. Die fast ausschließlich älteren Personen sind oft zunächst nicht zu einem Gespräch bereit und möchten auch ohne Begleitung durch die Ausstellung gehen. Diese zunächst vorhandene Zurückhaltung ändert sich bei einzelnen nach dem Ausstellungsgang, indem sie, haben sie die Lager aus ihrer Kinder- und Jugendzeit noch in Erinnerung, oft sichtlich bewegt von ihren Erlebnissen erzählen. In Einzelfällen erhielten wir von ihnen bei weiteren Besuchen Fotos oder Häftlingsarbeiten (Schnittereien, Bilder) vorgezeigt oder zur Verfügung gestellt.

1.1.2 Ehemalige Häftlinge und/oder ihre Angehörigen kommen aus dem gesamten Bundesgebiet und dem benachbarten Ausland nach Papenburg, um ehemalige Stätten ihres Leidens aufzusuchen oder nach Spuren ihrer Männer, Brüder oder Väter zu suchen. Manche stoßen dabei per Zufall auf das DIZ.

Ehemalige Moorsoldaten bringen häufig Dokumente und Erinnerungstücke mit, sind besonders interessiert an alten Fotos, stellen Fragen nach dem Verbleib von Mitgefangenen oder Wachmännern und suchen bei einer Fahrt zu 'ihrem' ehemaligen Lager Spuren vor Ort. Einzelne fragen nach im DIZ vorhandenen Unterlagen, die sie, falls ihr Name darin enthalten ist, für ihre Rente als Nachweis über ihre Haftzeit benötigen.

Ihr Besuch, der sich meist über einen oder mehrere Tage hinzieht, bedarf eines intensiven Sich-Einlassens auf ihre Person und ist vielfach der Auftakt für lange und vertrauensvolle Kontakte. (s. auch Punkt 2)

1.3.4 Neben den genannten Personen und Gruppen sind als Besucher noch zu erwähnen Gruppen ehemaliger Häftlinge der Enslandlager und/oder anderer Lager (s. 2.), Schüler (Materialiensuche), Studenten (Referats- und Examenavorbereitung), Lehrende an Volkshochschulen, heimatsgeschichtlich Interessierte und Forschende u.a.

Darüber hinaus kommen meist mit gezielten Fragestellungen, suchen Materialien und erhoffen sich Hinweise für ihre Arbeit, die oft über den Komplex der Lager hinaus den Bereich 'Nationalsozialismus im Ensland' behandeln.

Die unter diesem Punkt 1 benannten Anforderungen an das DIZ durch seine Besucher bedeuten neben der organisatorischen und der inhaltlichen Vorbereitung und Durchführung auch, daß ein(e) Mitarbeiter(in) fast ausschließlich mit der Betreuung der Gäste befaßt ist. Wir betrachten es als eine unserer wichtigsten Aufgaben, für jeden Besucher ausreichend Zeit zu haben, auf seine speziellen Fragestellungen und Interessen eingehen zu können und uns als Ansprechpartner anzubieten.

Dies bedeutet häufig auch eine Tätigkeit über die normale Arbeitszeit hinaus, in den Abendstunden, häufig an Wochenenden, manchmal durchgängig an mehreren Tagen am Veranstaltungsort z.B. eines Workshops.

2. Kontakte zu ehemaligen Häftlingen der Enslandlager, den Moorsoldaten Dieser Bereich unserer Tätigkeit ist zumindest ebenso wichtig wie der erstgenannte, bedeutet er doch, nicht immer nur, wie es so häufig auch von offizieller Seite getan wird, über die Opfer zu sprechen, sondern mit ihnen, die die Zeit in den Lagern überlebt haben, zu reden, Kontakt aufzunehmen und ihn zu halten, oft für sie überlebenswichtig aber wichtige Gespräche mit ihnen zu führen und eine gemeinsame Vertrauensbasis zu finden, auf deren Grundlage das oft gemeinsame Interesse, ihre Erinnerungen in Form von Tonband- oder Videointerviews für diese und zukünftige Generationen festzuhalten, erst realisiert werden kann.

Das DIZ hat bis heute mit ca. 40 ehem. Moorsoldaten Tonbandinterviews geführt, mit weiteren 7 wurden Videointerviews aufgezeichnet. Im Februar 1987 wird ein erster Videofilm mit Aufnahmen vor Ort (Ruhrgebiet, Ensland) und mit Unterstützung des Hochschulinternen Fernsehens an der Universität Oldenburg gedreht. Für diesen Film leisten wir sämtliche organisatorischen und inhaltlichen Vorbereitungen.

Wie notwendig es ist, diese Gespräche aufgrund des hohen Alters der noch lebenden ehem. Moorsoldaten möglichst umgehend zu führen und sie aufzuzeichnen, zeigt die Tatsache, daß von denjenigen, die wir interviewt haben, inzwischen viele verstorben sind.

Daher ist es bedauerlich, daß trotz bestehender Kontakte zu weiteren etwa 120 ehem. Moorsoldaten, darunter zahlreiche Belgier, Franzosen, Dänen, Luxemburger und Polen, aus zeitlichen und aus finanziellen Gründen (fehlende Kamera, Reisekosten) nur selten weitere Interviews geführt werden können.

Neben den genannten Ton- und Bilddokumenten liegen uns von weiteren 55 ehem. Moorsoldaten schriftliche Berichte vor.

Einige der einmal vorhandenen Kontakte, die einer großen Vertrauensbasis bedürfen, gingen durch das Auscheiden der ersten hauptamtlichen Mitarbeiter im Sommer/Herbst 1985 verloren, da wir als Nachfolger aus zeitlichen Gründen (oft große Entfernungen, hohe Reisekosten) nur wenige dieser ehem. Moorsoldaten persönlich aufsuchen konnten. Wir müßten feststellen, daß ein nur schriftlicher Kontakt nicht ausreicht, um auch ihr Vertrauen uns gegenüber zu gewinnen. Viele neue Verbindungen wurden durch Besuche ehem. Moorsoldaten im DIZ und über die Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten und die VVN/BdA hergestellt. Den zahlreichen persönlichen Einladungen, verbunden mit der Bereitschaft zur Aufzeichnung von Interviews, können wir leider nur selten nachkommen.

In den letzten zwölf Monaten besuchten uns eine Gruppe norwegischer Widerstandskämpfer und ehem. KZ-Häftlinge (Dez. 1985), eine Gruppe französischer ehem. Häftlinge (2 Tage im Mai), eine Gruppe Belgier (4 Tage über Pfingsten), eine Gruppe Niederländer (Juni) und im September Dänen. Bis auf die norwegischen Gäste waren alle anderen Gruppen ehem. Häftlinge der Enslandlager. Ihre Organisationen führen jährlich eine Pilgerfahrt ins Ensland mit jeweils 40-50 Personen durch. Für uns bedeuten diese Besuche neben dem Wiedersehen von Freunden

den und neben vielen interessanten Gesprächen die Ausarbeitung und organisatorische Vorbereitung eines meist mehrtägigen Programms, eine durchgehende Begleitung während des gesamten Besuchs durch mindestens 2 DIZ-Mitarbeiter und viele neue Kontakte, die zu häufigen Schriftwechseln führen.

Insgesamt läßt sich feststellen, daß die Erwartungshaltung der ehem. Moorsoldaten eine sehr hohe ist, sehen sie in uns doch diejenigen Menschen, mit denen sie sich über einen oft leidvollen Teil ihres Lebens 'ausreden' können, die für sie immer Gesprächsbereit sind und zu denen sie nach persönlichen Treffen ein übergroßes und von Freundschaft geprägtes Vertrauen entwickeln.

Durchführung von Seminaren und Referententätigkeit

Wir sehen unsere Aufgabe, die wir auch als Bildungsstätte haben, nicht nur darin, zu uns kommende Personen und Gruppen zu informieren, sondern bieten auch von uns aus und/oder gemeinsam mit anderen Bildungsträgern Seminare an oder werden als Referenten in anderen Einrichtungen tätig.

Geschichtswerkstatt

In Fortsetzung des Internationalen Symposiums im Mai 1985 führten wir im Mai in Lingen in Zusammenarbeit mit der Ländlichen Erwachsenenbildung und pax christi eine Geschichtswerkstatt zum Thema "Anpassung-Verfolgung-Widerstand im Ensland 1933-1945" durch. An dem dreitägigen Seminar nahmen 43 Historiker und regionalgeschichtlich Interessierte teil, die eigene Forschungsansätze und -ergebnisse vorstellten diskutierten und in einen Erfahrungsaustausch über Quellenlage und Arbeitsmethoden eintraten.

Im kommenden Juni ist eine weitere Geschichtswerkstatt geplant, die neben den o.g. Trägern auch vom KEGW getragen wird. An der Vorbereitung und als Referent nehmen beide hauptamtlichen Mitarbeiter des DIZ teil.

Mitarbeiterfortbildungen

Im Juli und am 5./6. Dezember fanden zwei zweitägige Mitarbeiterfortbildungen im Rahmen der LEB statt, die wir als Referenten gestalteten (Thema: "Nationalsozialismus als Thema der Erwachsenenbildung").

Volkshochschulkurs

In diesem Herbst führte A. Kaus einen Kurs an der VHS Leer über die Geschichte der Enslandlager durch, an dem 13 Personen teilnahmen. Im Februar 1987 ist ein eintägiges Seminar an der VHS Bransche geplant.

Lehrerfortbildung

Im November führten wir, wie bereits im Dezember 1985, in Zusammenarbeit mit der GEW Aschendorf-Hümming/Ensland-Nord ein eintägiges Lehrerfortbildungsseminar durch, an dem 45 Kolleginnen und Kollegen aller Schularten und -stufen aus dem gesamten Ensland teilnahmen.

Außerdem informierten sich 4 GEW-Kreisverbände (insgesamt 137 Teilnehmer) in jeweils 3-stündigen Veranstaltungen über die Bildungsangebote des DIZ. Mit Mitarbeitern von 2 Volkshochschulen wurde ein halb- bzw. ganztägiges Seminar durchgeführt.

Neben den bereits genannten Referententätigkeiten waren wir zu vier Vorträgen bei verschiedenen Trägern der Erwachsenenbildung eingeladen und wurden in drei Fällen zu Vorträgen und Diskussionen in Schulen und mit Schülern gebeten.

Zusammenarbeit mit anderen Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen

Die Aktion Sühnezeichen führt halbjährlich 4-tägige Koordinationstreffen der Gedenkstätten und -Initiativen zu unterschiedlichen Fragestellungen und verschiedenen Orten durch (Herbst 1985 in Papenburg, Frühjahr 1986 in Hofgeismar, Nov. 1986 in Bonn). Außerdem findet alle zwei Jahre ein Internationales Gedenkstättenreffen statt (1985 in Berlin, 1987 in Auschwitz).

An den genannten und weiteren mit Schwerpunktthemen befaßten Seminaren (z.B. Videocarpet in Gedenkstätten) nehmen jeweils 1-2 Mitarbeiter des DIZ teil. Hier bietet sich uns die Möglichkeit, neue Forschungsergebnisse vorzustellen, Fragen der pädagogischen Arbeit zu diskutieren und die eigene Tätigkeit kritisch zu reflektieren.

Zwischen den Gedenkstätten findet außerdem ein Austausch von Publikationen, z.T. über die Bundeszentrale für politische Bildung, und von Dokumenten u.ä. statt, sofern diese für eine andere Gedenkstätte von Interesse sind.

Das DIZ hat weiterhin Kontakte zu Gedenkstätten und Museen im Ausland. Dadurch erhielten und erhalten wir bei uns bisher unveröffentlichte Dokumente als Kopien sowie Bilder. Neue Verbindungen nach Polen, Italien und in die Sowjetunion ermöglichen einen Beginn der Beschäftigung mit der bisher nahezu unerforschten

Geschichte der emsländischen Kriegsgefangenenlager.

5. Forschungsarbeit

Wir sind nicht der Ansicht, daß, wie zuletzt am 4. Dezember anläßlich der Übergabe der vom Landkreis in Auftrag gegebenen Unterrichtsmaterialien geduldet wurde, die Geschichte der Emslandlager nun mit der Kosthorst/Walter-Dokumenta-tion gänzlich erforscht worden ist, obwohl ihre Arbeit und auch, in anderer Form, die von E. Suhr einen überaus wichtigen Schritt darstellen und durch sie umfangreiches Material zugänglich gemacht wurde.

Wir konnten eine Reihe bisher unveröffentlichter Dokumente im DIZ sammeln, die uns insbesondere aus dem Ausland erreichten. Zur Erforschung gehört u.E. aber auch das Gespräch mit Zeitzeugen (ehem. Häftlinge, Wachmänner, Bürger des Landes), so vorsichtig und differenziert deren Aussagen und eventuelle neue Erkenntnisse auch eingeschätzt werden müssen. Auch ist, wie wir bereits feststellten, die Geschichte der Kriegsgefangenenlager im Emsland aufgrund der unzulänglichen Quellenlage bisher nur in Ansätzen erforscht.

Hier bieten sich Aufgabenfelder, die einer intensiven Forschungsarbeit bedürfen. Diese Arbeit ist im Rahmen unserer Tätigkeit mit nur zwei hauptamtlichen Kräften nur ansatzweise leistbar, bedingt besonders auch durch die auf zwei Jahre begrenzten Beschäftigungsverhältnisse.

6.

Das DIZ hat in diesem Jahr eine überarbeitete und aktualisierte 2. Auflage der Broschüre "Auf der Suche nach den Moorsoldaten" herausgegeben. Die erste, 1983 erschienene Ausgabe (3000 Ex.) war nach 2 1/2 Jahren vergriffen. Im November erschien das Buch "Die Emslandlager in Vergangenheit und Gegenwart", das Ergebnisse und Materialien des internationalen Symposiums im Mai 1985 in Papenburg enthält. Von diesem Buch wurden innerhalb von 2 Wochen bis heute ca. 450 Exemplare verkauft.

In naher Zukunft ist, sobald die Finanzierung geklärt ist, die Herausgabe einer 16-seitigen Broschüre mit "pädagogischen Anregungen für einen Besuch vor Ort" geplant, die sich insbesondere an Pädagogen richten soll.

Auf Anregung und Wunsch der Schwester M. Berlinde, ehemals Mariengymnasium Papenburg, bereiten wir z.Zt. eine Neuauflage des Heftes "Pater Josef Raskin - Die drei letzten Stationen seines Lebens" vor.

Weitere Publikationen sind geplant, können aber aus finanziellen Gründen nicht realisiert werden.

Halbjährlich gibt das DIZ seine 8-12seitigen "DIZ-Nachrichten" als Informationsblatt für alle Mitglieder, für die ehem. Moorsoldaten und alle Interessen-ten heraus.

7.

Dokumentensammlung

Im DIZ sind Dokumente, überwiegend als Kopien der Originale, aus Archiven des In- und Auslandes gesammelt und, ohne bereits archiviert zu sein, unter verschiedenen Fragestellungen in Heftern zusammengestellt und somit vorläufig benutzbar gemacht.

Gesammelt sind außerdem Häftlingsberichte, Zeitungs- und Zeitschriftenartikel aus der Zeit des Nationalsozialismus und nach 1945, Presseberichte über die Emslandlager und über das DIZ.

Die Archivierung und Systematisierung der Dokumente ist mit der derzeitigen personellen Besetzung des DIZ nur punktuell leistbar. Dementsprechend ist auch der weitere Aufbau der Sammlung historischer und zeitgenössischer Artikel aus zeitlichen, aber auch aus finanziellen Gründen (Anschaffungen, Kopierkosten) kaum möglich.

8.

Handbibliothek

Die ca. 400 Titel umfassende Handbibliothek mit z.T. unveröffentlichten Manuskripten ehem. Moorsoldaten wurde inzwischen systematisiert und katalogisiert und bietet einen Grundstock für den weiteren Ausbau.

9.

Medien

Für die Verwendung und den Einsatz bei Bildungsveranstaltungen und zur Ausleihe wurden zusammengestellt:

- ein Videofilm (Zusammenschnitt von 5 Interviews mit ehem. Moorsoldaten
 - eine Tonbandkassette (Zusammenschnitt von 5 Interviews mit ehem. Moorsoldaten
 - eine Diaserie mit Begleitheft
 - eine Diaserie mit Bildern Ernst Walskens, dazu ein Tonbandinterview mit ihm
- über die künstlerische Produktion seiner Videorecorder zur Verfügung gestellt hat, werden nahezu allen Besuchern Ausschnitte des o.g. Videofilms gezeigt. Weiterhin sind zahlreiche Fotos und Bilder, Tonbandinterviews (s. Punkt 2), Tonbandmitschnitte von Radiosendungen und eine sich im Aufbau befindliche Sammlung von Filmen (auf Video) zum Gesamtkomplex "Nationalsozialismus" vorhanden.

10.

Tägliche "Kleinarbeit"

Dieser Teil unserer Tätigkeit nimmt (z.T. leider) einen großen Teil unserer Arbeitszeit in Anspruch. Hierzu gehört, um nur einige Beispiele zu nennen, das Versenden von Einladungen zu Seminaren etc., Pressearbeit, Bücherversendungen, Postbeantwortung u.a.

Da zunehmend sehr spezielle Fragen an uns gerichtet werden, oft wir auch um Nachforschung nach ehem. Moorsoldaten gebeten werden, bedeutet ihre Beantwortung nicht selten einen hohen Zeitaufwand. Auch wenden sich verstärkt Regionalforscher an uns, die sich mit Teilbereichen zum Thema "Nationalsozialismus im Emsland" beschäftigen. Diese Anfragen sehen wir als Zeichen dafür, daß einige bisher individuell Forschende in uns einen Ansprechpartner sehen, der zusätzliche Informationen und Anregungen geben kann und mit ihnen in Austausch über ihre Arbeitsergebnisse tritt.

11.

Resümee

Diese knappe Jahresübersicht über die Aufgaben- und Tätigkeitsfelder unserer Arbeit zeigt u.E. die Vielfältigkeit der Ansprüche, die an ein "Dokumentations- und Informationszentrum", das sich als Gedenkstätte, aber auch als Bildungsstätte versteht, gerichtet werden.

Soll die bisher geleistete Arbeit in dieser Form weitergeführt und ausgebaut werden, bedarf es einer gründlichen Auswertung der bisherigen Tätigkeit und der Einbeziehung der Erfahrungen in alle weiteren Überlegungen. Neben der finanziellen Absicherung der weiteren Arbeit und den räumlichen Anforderungen an ein erweitertes DIZ sehen wir die mittel- und langfristige personelle Absicherung als wesentliche Aufgabe an. Die z.Zt. vorhandenen zwei befristeten Arbeitsverhältnisse über ABM-Mittel lassen einen kontinuierlichen Aufbau und eine Fortsetzung der Arbeit auf der Grundlage der gemachten Erfahrungen nicht zu. Auch von der inhaltlichen Arbeit her ist ein vollkommener Bruch alle zwei Jahre durch den Wechsel der hauptamtlichen Mitarbeiter nicht zu verkraften.

Die Bewilligung einer 3. ABM-Kraft zum 1. Januar 1987 wird es uns ermöglichen, bestimmte bisher zeitlich nicht leistbare Aufgaben (Archivarbeit, Systematisierung u.a.) anzugehen, durch die auch andere Anforderungen besser und schneller zu leisten sind.

Kurt Bock

ROTTWEILER FRIEDENSGRUPPE

c/o Gerhard Lempp
Neckarstraße 10
7212 Deißlingen-Lauffen

den 5. Februar 1987

Auf Initiative der Rottweiler Friedensgruppe wird am kommenden Mittwoch ein Verein gegründet, der sich zur Aufgabe setzt, im Gelände der ehemaligen Baustelle "Wüste 10" im Eckerwald zwischen Schörzingen und Zepfenhan einen Gedenkpfad anzulegen. Als Teil des Gesamtprojektes "Wüste" sollte dort im letzten Kriegsjahr 1944/45 ein Ölschieferverschmelzungswerk entstehen zur Herstellung von Rohöl. Die Arbeiten mußten unter unbeschreiblich menschenverachtenden Bedingungen von Häftlingen des Konzentrationslagers Schörzingen ausgeführt werden. Im regenreichen kalten Herbst 1944 war das Gelände so sumpfig, daß die Häftlinge immer naß waren, manchmal standen sie bis zu den Hüften im Morast. Der etwa vier Kilometer lange Weg vom und zum Lager am Morgen und Abend mußte zu Fuß zurückgelegt werden. Dabei waren Nahrung und Kleidung völlig unzureichend, Schlafmöglichkeiten und sanitäre Einrichtungen im Lager hoffnungslos überbelegt. Die Folge war eine sehr hohe Sterblichkeit. In der Regel mußten die Häftlinge ihre toten Kameraden ins Lager zurücktragen; es gibt jedoch Hinweise, daß viele auch in der Erde des Eckerwaldes liegegeblieben sind.

Die Ruinen des Ölschieferwerkes "Wüste 10" stehen heute noch, auch nachdem sie das Dunkel des Waldes fast vierzig Jahre lang immer dichter einhüllte. - Im Anschluß an die Gedenkfeier zum 40sten Jahrestag des Kriegsendes, zu der die Stadt Rottweil am 5. Mai 1985 eingeladen hatte, und die von der Friedensgruppe veranstaltet wurde, faßten einige Teilnehmer das Projekt einer Gedenkstätte ins Auge. Es wurde an einen Pfad entlang der Ruinen gedacht, durch erklärende Tafeln soll über das Geschehene informiert werden, Gedenken und Dokumentation sollen auf eine Weise in Einklang gebracht werden, daß ein Lernen aus der Geschichte für die Gegenwart möglich wird.

Nachdem uns nun die Gemeinderäte und Gemeindeverwaltungen von Schömberg (Schörzingen) und Wellendingen, auf deren Gebiet die Ruinen stehen, die Genehmigung für die Anlegung des Gedenkpfares gegeben hatten, können die Arbeiten nicht mehr nur von einzelnen Mitgliedern der Friedensgruppe getan werden. Eine breitere Basis sowohl personeller als auch finanzieller Art ist nötig. Wir rufen deshalb zur Gründung eines gemeinnützigen Vereins auf, der sich die Anlegung eines Gedenkpfares im Eckerwald zur Aufgabe setzt.

Alle Interessenten laden wir ein zur Gründungsversammlung
am Mittwoch, 11. Februar, 20 Uhr
in der Gaststätte Lindenhof in Rottweil.

Rechtsanwalt Bernhard Pahlmann wird über die Satzungsbestimmungen informieren, ein Vorstand muß gewählt werden; schließlich werden die Arbeiten fürs nächste Halbjahr geplant.

Natürlich kann man auch Mitglied des Vereins werden, wenn man an der Gründungsversammlung nicht teilnehmen kann.

Mit freundlichen Grüßen

Gertrud Graf Ingrid Meiser Gerhard Lempp

Kein Geld für Folgetreffen

Hess. Lichtenau (gro). Mit Betroffenheit und Unverständnis haben die Organisatoren des ersten Treffens ehemaliger Zwangsarbeiter und Dienstverpflichteter der Munitionsfabrik Hirschhagen, Gisela Höfert und Jürgen Jessen, auf die Entscheidung des Lichtenauer Parlamentes reagiert, für ein Folgetreffen im kommenden Jahr keine neuen Mittel zur

Verfügung zu stellen. Dieses Votum sei um so unverständlich, als die Resonanz auf das Treffen überaus positiv gewesen sei und es weit über die Grenzen der Stadt hinaus Beachtung gefunden habe. Zudem hätten sich für ein zweites Treffen schon eine Vielzahl Ehemaliger auch aus dem Ausland angesagt.

Wie berichtet, hatte das Parlament im Zuge der Haushaltsberatungen in der vergangenen Woche einen Antrag abgelehnt, für ein weiteres Treffen 10 000 Mark bereitzustellen. Bereits Wochen vor der Etat-Verabschiedung hatten Gisela Höfert und Jürgen Jessen die einzelnen Fraktionen angeschrieben und darum gebeten, für ein zweites Treffen die Summe von 5 000 Mark im Haushaltsplan einzusetzen.

Enttäuscht sind die beiden Organisatoren nicht nur darüber, daß die Bereitstellung von Mitteln abgelehnt worden sei, sondern vor allem auch deshalb, weil es keine der Fraktionen für nötig gehalten habe, auf die Bitte zu antworten. In diesem Zusammenhang verwiesen die Organisatoren darauf, daß auch die Gemeinde Helsa, die um eine Unterstützung von 1 000 Mark ge-

beten worden war, bislang noch nicht geantwortet habe.

Nach Angaben von Gisela Höfert haben sich bislang rund 70 ungarische Jüdinnen und etwa 15 Ehemalige, die heute in Israel wohnen, für ein Folgetreffen angemeldet. Etliche seien sogar bereit, auf eigene Kosten nach Hess. Lichtenau zu reisen. Auch viele deutsche Ehemalige hätten schon beim ersten Treffen den Wunsch geäußert, sich noch einmal in Hess. Lichtenau zu treffen. Wie das Treffen jedoch finanziert werden soll – darüber herrscht bei den Initiatoren momentan noch völlige Unklarheit.

Anderswo sei es üblich, daß Kommunen und Kirchen derartige Treffen arrangierten und für die Unterbringung und Betreuung der Teilnehmer auch die Kosten übernähmen. Als Beispiel führten die beiden Lichtenauer die Stadt Krefeld an, die

im kommenden Jahr Juden, die früher in der Stadt zu Hause waren, einlade. „Uns wird dagegen nichts anderes übrig bleiben, als alle nur denkbaren Stellen um Mittel anzugehen“, erklärten Höfert und Jessen gegenüber der HNA.

Hilfe erhoffen sich die Organisatoren dabei auch von der evangelischen und katholischen Kirchengemeinde der Stadt. In einem Schreiben an die beiden Kirchen gehen die Initiatoren davon aus, daß auch und gerade die christlichen Gemeinden ein Interesse daran haben müßten, einen theologischen Dialog mit den Juden führen zu können.

Im Zusammenhang mit der Organisation des Folgetreffens wollen die beiden Organisatoren auch einen Vorschlag aufgreifen, der bei der ersten Zusammenkunft im Oktober dieses Jahres angeregt worden war. Beabsichtigt wird, ein vorheri-

ges Treffen ehemaliger Dienstverpflichteter und leitender Angestellten der Munitionsfabrik zu arrangieren, um auch die Geschichte aufarbeiten zu können.

Zwar hoffen die Initiatoren, daß die Stadt bei der Aufstellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan noch Mittel für das Treffen bewilligt, einstweilen gehen Gisela Höfert und Jürgen Jessen jedoch davon aus, daß sie die mühevolle Organisation zunächst einmal weitgehend alleine bewältigen müssen. Um die Arbeit auf mehrere Schultern verteilen zu können, wird deshalb die Gründung eines Vereins angestrebt, der sich die Aufarbeitung der jüngsten Geschichte widmen und sich an Ehemaligen und Geschichtsinteressierten zusammensetzen soll. Noch im Januar soll die Gründung über die Bühne gehen.

Am eigenen Körper das Grauen gespürt

Seminar des Arbeitskreises Stadtgeschichte stieß auf bundesweite Resonanz

Der Ort ließ alles das, worüber in den vergangenen Stunden referiert und diskutiert wurde, plastisch am eigenen Körper spürbar werden. Die Schilderungen von Professor Georges Jidkoff aus Paris taten ihr übriges. Bitterkalt war es den winterlich gekleideten Teilnehmern des Seminars „Wirtschaft und Nationalsozialismus – Thema für eine Gedenkstätte?“.

Sie standen auf dem Betonboden der ehemaligen Unterbringungsräume für Häftlinge im KZ Drütte unter der Hochstraße auf dem Gelände des Salzgitter-Konzerns. In den Jahren 1942 bis 1945 vegetierten hier bis zu 3150 Gefangene bei völlig ungenügender Versorgung und einem unendlich vielfältigen System von Schikanen und Bestrafungen ausgesetzt vor sich hin. Sie mußten trotz ihres desolaten Gesundheitszustandes in Zwölfstundenschichten bei der Waffenproduktion arbeiten.

Nicht nur eine solche Erfahrung, sondern auch die alltägliche Praxis von Gedenkstätten an anderen Orten zeige die Unersetzlichkeit des authentischen historischen Geländes. Betroffenheit, eines der wichtigsten Ziele von Gedenkstättenarbeit, könne wirklich am besten und ohne sonst notwendige Umwege an der Stätte des Grauens selbst erzielt werden, bestätigte Professor Dr. Dietfried Krause-Vilmar aus Kassel den Arbeitskreis Stadtgeschichte in seinem Vorhaben, auf dem

Werksgelände von P+S eine Gedenkstätte einzurichten.

Eine Gedenkstätte werde, wenn sie erst einmal da sei, von der Bevölkerung genutzt. Das machten die hohen Besucherzahlen in Neuengamme bei Hamburg – dem Hauptlager für das KZ Drütte – und in Breitenau vor den Toren Kassels deutlich, betonte Frank Ehrhardt vom Arbeitskreis. Angela Genger von der Alten Synagoge Essen und Thomas Lutz (Aktion Sühnezeichen) ermutigten die Salzgitteraner, sich weiter für ihr Ziel einzusetzen, warnten jedoch davor, über die Konzentration auf die Standortfrage die Autonomie der Gedenkstättenarbeit als entscheidende Bedingung aus dem Blick zu verlieren.

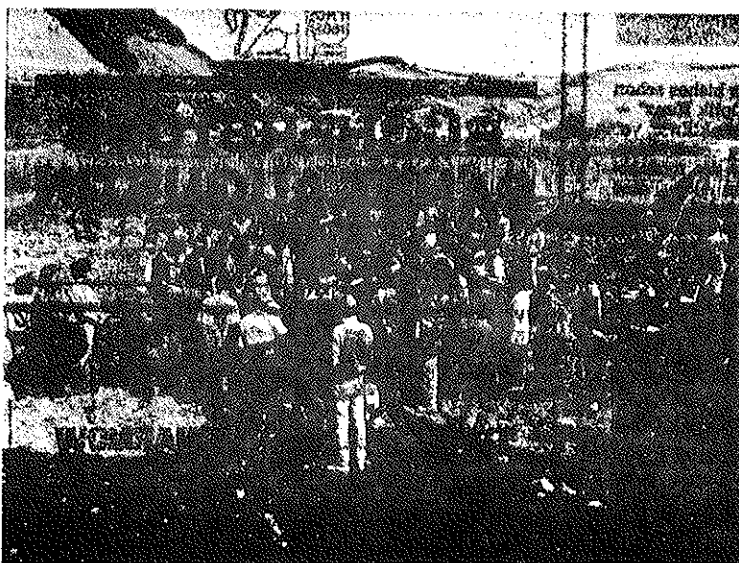
Der Arbeitskreis habe, so Ehrhardt, nämlich nicht vor ausschließlich die Geschehnisse in den vielen Lagern der Stadt zu dokumentieren, sondern will gerade Jugendlichen zu bewußtem politischen Denken anregen. Er halte das für besonders wichtig, weil heute in vielen Schulen das Dritte Reich immer

mehr wie eine beliebige Epoche der Zeitgeschichte behandelt werde. So sei es auch vorgesehen, daß die pädagogischen Mitarbeiter aus der Gedenkstätte hinaus in die Schulen gehen und mit den Lehrern Kontakte knüpfen.

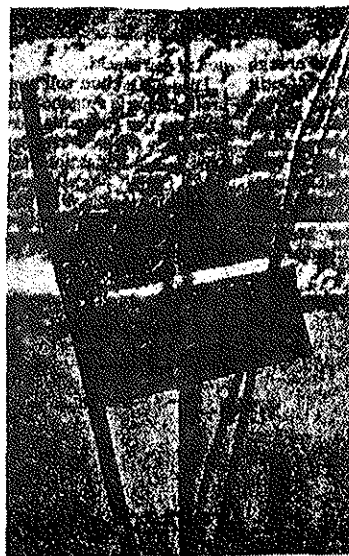
Mit den Referaten am ersten Tag des sich über zwei Tage erstreckenden Seminars wurde den etwa 100 aus allen Teilen der Bundesrepublik kommenden Teilnehmern der gegenwärtige Stand der Wissenschaft zu diesem Thema vermittelt. Der Freiburger Militärgeschichtler Rolf-Dieter Müller sprach über das Zusammenwirken von Industrie und Regime. Ulrich Herbert von der Hagerer Fernuniversität stellte die Ergebnisse seiner Forschungen zum Ausländereinsatz in der Kriegswirtschaft vor. Ein besonders beklemmendes Kapitel behandelte Wolfgang Jacobmeyer, Georg-Eckert-Institut in Braunschweig. Er schilderte die Probleme von Zwangsarbeitern nach ihrer Befreiung.

Alles in allem: Das Unternehmen des Arbeitskreises Stadtgeschichte zu dieser überregionalen Tagung einzuladen hat sich gelohnt. Die bundesweite Resonanz hat das bestehende Diskussionsbedürfnis zu diesem Thema gezeigt und der Arbeitskreis hat sicherlich viele Anregungen für seine zukünftige Arbeit bekommen. kh

„Arbeitslager“ in Dernau erhitzt erneut die Gemüter



DEMONSTRANTEN versammelten sich bereit im Jahre 1984 in den Dernauer Weinbergen, um der Opfer zu gedenken.



SCHILDER, die man heute nicht mehr sieht, mahnten an das Lager.

Fotos: Vollrath

Gemeinderat votierte gegen Gedenkstätte

„Erinnerung und Mahnung an eine Schreckensperiode der Deutschen Geschichte“

Dernau. (wk) „Ich bin fassungslos“ – so kommentierte gestern der Altenahrer Verbandsbürgermeister Hermann Heiser die Entscheidung des Dernauer Gemeinderates. Der Rat hatte am Dienstagabend in öffentlicher Sitzung den Antrag des Ortsbürgermeisters und Landtagsabgeordneten Wilhelm-Josef Sebastian, an der Stelle des ehemaligen KZ-Außenlagers Buchenwald in Dernau eine Gedenktafel oder einen Gedenkstein zu errichten, abgelehnt. Jetzt will Sebastian in Zusammenarbeit mit Landrat Dr. Egon Plümer, Hermann Heiser und dem 1988 gegründeten „Verein zur Erhaltung des Gedenkens an das KZ-Außenlager Dernau“ versuchen, einen anderen Weg zu finden. Bereits in der kommenden Woche sollen erste Gespräche geführt werden.

„Politisch“, erklärte Sebastian gestern gegenüber dem General-Anzeiger, „ist die Entscheidung des Dernauer Gemeinderates nicht vertretbar“. Vom Mainzer Kultusministerium, vom Kreis und von dem erwähnten Verein sei mehrfach der Wunsch geäußert worden, in Dernau eine Gedenkstätte „in irgendeiner Form“ zu errichten. Über die Art des Mahnmals hätte man sich verständigen können.

Vorgesehen war, an einer Weinbergsmauer – oberhalb von Dernau auf einem kleinen Hochplateau – eine Tafel oder einen Stein aufzustellen. Dort hat sich gegen Ende des Zweiten Weltkrieges mit großer Wahrscheinlichkeit das Arbeitslager befunden.

Die Spuren sind heute verwischt. In jüngerer Zeit hat jemand mit Kreide „KZ“ und „Rebstock“ auf die Mauer geschrieben. „Rebstock“ war der Tarnname für eine geheime militärische Operation, die gegen Ende des Krieges in den Stollen der Weinberge um Marienthal und Dernau ablief. Dort sollte Hitlers angebliche Wunderwaffe V2 zusammengebaut werden. Die Lager-Häftlinge wurden zur Arbeit im

Stollen herangezogen.

Daß es in Dernau tatsächlich ein Arbeitslager, ob man es nun KZ nennt oder nicht, gegeben hat, steht für den Altenahrer Bürgermeister Hermann Heiser außer Zweifel. Heiser hat umfangreiche Recherchen anstellen lassen: Im August 1944 kamen die Häftlinge aus dem KZ Buchenwald nach Dernau – 180 an der Zahl. Die Zahl stieg bis November auf 197, im Dezember '44 verließen die Häftlinge – noch 99 – das Lager. Sie kamen zurück nach Buchenwald.

Was die schwankenden Zahlen aussagen, läßt sich heute nicht mit letzter Sicherheit feststellen. Jedenfalls, so Heiser, „sind im Lager keine Sterbefälle beurkundet worden“. Man habe das Sterberegister in der fraglichen Zeit in Dernau nachgesehen und festgestellt, daß nur Leute aus dem Ort dort auftauchen. Es ist vermutet worden, daß vielleicht irgendwo in den Weinbergen oberhalb von Dernau KZ-Leichen verborgen sein könnten. Bisher haben sich diese Vermutungen allerdings nicht bestätigt. Sicher ist, daß im Lager Dernau auch Ausländer – Holländer, Franzosen – untergebracht waren. Ob Juden dabei waren, ist nach Aussage von Hermann Heiser „nicht bekannt“.

Ebenfalls nicht bekannt oder zumindest nicht nachweisbar ist, ob die Lagerinsassen den Judenstern und die in den anderen KZ's übliche gestreifte Häftlingskleidung trugen. Fest steht dagegen, daß die Häftlinge arbeitsfähig waren.

Was hat die Mehrheit des Dernauer Gemeinderates dazu bewogen, gegen die Errichtung einer Gedenkstätte an der Stelle des ehemaligen Arbeitslagers zu stimmen? Für Wilhelm-Josef Sebastian bedeutet diese Entscheidung „eine Enttäuschung“. Hermann Heiser geht noch einen Schritt weiter: „Das ist mir unbegreiflich.“ Interessant war das Abstimmungsverhalten: Mit neun zu fünf Stimmen wurde der

Antrag abgelehnt. „Dabei wurde keineswegs“, so Sebastian, „nach politischen Gesichtspunkten entschieden.“

Querbeet gingen die Ansichten durch die im Rat vertretenen Fraktionen. Sowohl bei der CDU-Fraktion als auch bei der Fraktion der Freien Wählergruppe befanden sich Gegner und Befürworter der Gedenkstätte. Eine „rationale Begründung“ für die Ablehnung der Gedenkstätte ist nach Heiser „nicht zu finden“.

Unterschwellig sei bei den Gegnern die Sorge zum Ausdruck gekommen, daß „Dernau mit dem Arbeitslager identifiziert werden könnte“. Wenn man in Dernau eine Gedenkstätte errichte, hieß es im Rat, dann müsse man das auch an anderen Orten an der Ahr tun. Dort sei Ähnliches passiert. Im übrigen habe man nichts dagegen, daß in Dernau eine Gedenkstätte hinkomme, nur wolle man „das nicht selber machen“.

Hermann Heiser bezeichnete diese Argumente als „Hilfskonstruktionen“. Er sei überrascht gewesen, daß auch viele jüngere Ratsmitglieder gegen die Errichtung der Gedenkstätte gestimmt hätten. Für die nach dem Krieg Geborenen, so der Altenahrer Bürgermeister, „kann es doch überhaupt keine Schuldzuweisung geben“. Überhaupt habe die Gedenkstätte doch nichts mit einer Schuld der Dernauer zu tun. „Die konnten doch nichts dafür, daß dort ein Lager hinkam.“

Für Heiser bedeutet die Gedenkstätte „Erinnerung und Mahnung“ an eine Schreckensperiode der Deutschen Geschichte. Sie sollte erinnern und mahnen, daß die Greuel der Hitler-Zeit „nie wieder vorkommen dürfen“. Deshalb will sich Heiser jetzt mit Sebastian, Dr. Plümer und dem „Verein zur Erhaltung des Gedenkens an das KZ-Außenlager Dernau“ zusammmentun, um die Gedenkstätte doch noch in Dernau zu errichten. Das wird dann wohl unter Umgehung des Gemeinderates geschehen.

D VeranstaltungenAchtung! W I C H I G ! N E U E R T E R M I N !Nächstes Gedenkstättenseminar:Vom 11. - 14. Juni 1987 in Salzgitter/Drütte:

Vernichtung durch Arbeit - Die Zwangsarbeit der KZ-Häftlinge und ihre Bedeutung für die Gedenkstättenarbeit heute

Einladung und Programm werden in Kürze von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, verschickt.

Übernächstes Gedenkstättenseminar:

Das übernächste Gedenkstättenseminar soll vom 8.- 11. Oktober in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis ehemaliges KZ Flossenbürg in Flossenbürg durchgeführt werden. Erste Überlegungen für ein Programm sollen in Salzgitter vorgestellt werden.

DGB-Bildungswerk Bayern

Arbeits-Seminar des Arbeitskreises "Faschismus" der DGB-Jugend Schweinfurt:

Erforschung der Nazizeit in Schweinfurt - Gegenwärtiger Stand und wie weiter !?

Termin: 13.-15. März

Ort: DGB Jugendheim, Wilhelm-Leuschner-Str. 2, 8720 Schweinfurt

Anmeldung: DGB-Kreis Schweinfurt, Tel.: 09721 - 16007.

Tagung der Ev. Akademie Tutzing, Außenstelle Heilsbronn

Vom 3.-5. April führt die Akademie Tutzing in Zusammenarbeit mit dem Gedenkstättenreferat von Aktion Sühnezeichen eine Tagung durch mit dem Titel:

In lebendiger Erinnerung Zukunft gestalten!

Es werden die Fragen aufgeworfen, wieso die Deutschen solche Schwierigkeiten im Umgang mit ihrer jüngsten Vergangenheit haben, es wird untersucht werden, wie andere Länder sich konkret bemühen, diese Vergangenheit zu bewältigen und es sollen Konsequenzen für eine Erinnerungsarbeit in der Bundesrepublik entworfen werden.

E Literaturhinweise

Norbert Flörken:

TROISDORF UNTER DEM HAKENKREUZ
Ein rheinische Kleinstadt und die Nationalsozialisten
Alano-Verlag Aachen 1986, ISBN 3-924007-29-2
270 Seiten, 36 Fotos, DM 24.00

In 11 Kapiteln behandelt der Autor (Jahrgang 1946) die NS-Vergangenheit seiner Heimatstadt in der Nähe von Bonn. Er belegt die Verfolgung der politischen Gegner (Schutzhaft, Moorklager), schildert das Verhalten des Gemeinderates und des Bürgermeisters 1933, behandelt im Kapitel "Betriebe und Arbeiterschaft" Ereignisse in den Firmen "Dynamit AG" und "Klöckner-Mannstaedt" in den 30er Jahren. Im Kapitel "NS-Justiz" werden Fälle von "Heimtücke" dargestellt.

Großen Raum nehmen ein die Judenverfolgung und die "Euthanasie". Der Leidensweg der rund 50 Troisdorfer Juden wird geschildert, bei einigen Personen bis unmittelbar zu ihrer Ermordung. Auch der Weg des beweglichen und des unbeweglichen Judenvermögens wurde weiter verfolgt an Hand der Rückerstattungsverfahren. 6 Euthanasie-Opfer bei rund 10.000 Einwohnern sind belegt und z.T. mit den Sterilisierungsverfahren dokumentiert. In dem Bereich "Zwangs-/Fremdarbeiter" werden einige Vorkommnisse mit russischen Arbeitern geschildert. Der Anhang umfaßt 53 Dokumente.

Die Grünen im Bundestag (Hg.): Wider die Entsorgung der deutschen Geschichte - Streitschrift gegen die geplanten historischen Museen in Berlin (W) und Bonn, o.O., o.J. (zu beziehen über Die Grünen).

Krüger, W.: Auferstehung aus Krieg und KZ, o.O., o.J. (Arbeitsgemeinschaft Friedhof und Denkmal e.V., Kassel).

Aktionskomitee Emslandlager: Auf der Suche nach den Moorsoldaten; Emslandlager 1933-1945 (Neuaufgabe, Postfach 1511, 2990 Papenburg).

DIZ Emslandlager (Hg.): Die Emslandlager in Vergangenheit und Gegenwart; Ergebnisse und Materialien des internationalen Symposiums (zu beziehen: s.o.).

Vogt, Hannah (Red.): KZ Moringen, o.O., o.J. (zu beziehen: Aktion Sühnezeichen).

DGB-Bildungswerk (Hg.): Nach dem Krieg war keiner Nazi gewesen..., Arbeiterbewegung in Schweinfurt zwischen 1928 und 1945, 2. Aufl., Schweinfurt, 1986 (Vorndran-Verlag).

Geschichte der Farbwerke Hoechst und der chemischen Industrie in Deutschland - Ein Lesebuch aus der Arbeiterbildung, Offenbach, 1984 (Verlag 2000).

Ankläger einer Epoche, Lebenserinnerungen von Robert M.W. Kempner, Berlin/W., 1986 (Ullstein TB).

Als die Berliner Korruption noch im Heereswaffenamt stattfand

Historische Parallele in Lageberichten der Justiz von 1940 bis 1945

In Sachen Korruption war es 1940 nicht viel anders als heute: Inhaber und Manager aus einer hochsubventionierten Branche bestachen die Beamten und Angestellten der Behörde, die über die lukrativen Bewilligungen zu entscheiden hatte. Einen Unterschied gibt es allerdings. Während es heute um die staatlichen Gelder vor allem für die Bauwirtschaft geht, hatte damals — der Krieg war schon fast ein Jahr alt — die Rüstungsindustrie Konjunktur. Die Staatsanwälte mußten also nicht in den Bauabteilungen von Charlottenburg oder Wilmersdorf, sondern im Heereswaffenamt ermitteln. Die historische Parallele verdanken wir dem Weddingener Volksbildungsstadtrat Bernd Schimmler, der die Lageberichte der Berliner Justiz von 1940 bis 1945 jetzt in einem kleinen Band des Wissenschaftlichen Autoren-Verlages zusammengetragen und auszugsweise veröffentlicht hat: „Stimmung der Bevölkerung und politische Lage“ ist der Titel der Sammlung.

Die Berichte des Kammergerichtspräsidenten und des Generalstaatsanwaltes an den Reichsjustizminister erhellten mit zahlreichen Details die damalige Situation der Justiz, aber auch allgemeine Entwicklungen in der Kriegszeit. In den Berichten häufen sich die Klagen über Eingriffe von nationalsozialistisch beherrschten Stellen in die Kompetenzen der Justiz. Dies fängt an bei Beamten des Reichsjustizministeriums, die Staatsanwälte auf eine von höherer Stelle gewünschte Todesstrafe in einem bestimmten Fall hinweisen. Der Kammergerichtspräsident beklagt sich noch am 3. Januar 1942, daß die Staatsanwälte solche Wünsche unverblümt auch den jeweiligen Richtern mitteilten — in der wahrscheinlich nicht unberechtigten Erwartung, daß dies die Urteilsfindung beeinflussen würde.

Wenn es dann doch nicht zum Todesurteil kam, konnte die Gestapo sich immer noch die zu Haftstrafen Verurteilten überstellen lassen und sie „wegen Widerstandes“ erschießen. „Ich darf hierbei bemerken, daß es in der Öffentlichkeit kaum mehr unbekannt ist, daß die „wegen Widerstandes“ erfolgenden Erschießungen aus anderen Erwägungen stattfinden“, meinte der Generalstaatsanwalt beim Kammergericht 1942 dazu lapidar.

Er schildert dann noch den Fall der Ehefrau eines von der Gestapo Erschossenen, die um Aufklärung bat, weshalb die Justiz ihren Mann erschossen habe. Die Frau habe dem Landgerichtsrat nicht geglaubt, der die Unschuld der

Staatsanwaltschaft beteuert habe. Gerade dieser Fall habe „das Vertrauen der beteiligten Kreise in das Ansehen der Justiz aufs Schwerste erschüttert“, beschwerte sich der Generalstaatsanwalt.

Oft sind es nur kurze Sätze, die den Leser zum Nachdenken bringen: „Häufig sind auch noch die Selbstmorde von Juden“, heißt es am Schluß eines Berichts des Generalstaatsanwaltes vom Januar 1942. Ob und welche Gedanken sich der Beamte über die Ursachen gemacht hatte, teilte er seinem Minister selbstverständlich nicht mit. Seinem Pflichtgefühl gegenüber der Nazidiktatur tat es aber, wenn man seine Berichte verfolgt, keinen Abbruch. In den bürokratisch abgefaßten Berichten spiegelt sich die Kluft zwischen Beharren auf korrekter Gesetzesanwendung und kritiklosem Vollzug des damals legalen Unrechts.

btz
Bernd Schimmler: „Stimmung der Bevölkerung und politische Lage“. Die Lageberichte der Berliner Justiz 1940—1945. Wissenschaftlicher Autoren-Verlag, Berlin. 112 Seiten. 22 DM.

Nazi-Morde am Kirchberg

Drei Tage vor der Befreiung von Bensheim (Kreis Bergstraße) durch die Amerikaner erschöß die Gestapo zwölf Menschen am Kirchberg. Die beiden Autoren dieses Buches begaben sich im vorigen Jahr auf Spurensuche. Sie wollten Näheres herausfinden über Erschießung und Täter, vor allem aber über die Opfer. Nach langwierigen Recherchen gelang es ihnen, die Lebensgeschichten fast aller Opfer durch Interviews von Verwandten und Bekannten nachzuziehen. Bei ihrer Arbeit stießen sie auf ein weiteres Verbrechen der Bensheimer Geheimen Staatspolizei: Diese hatte drei notgelandete US-Flieger ermordet. Die Verantwortlichen wurden nach dem Krieg von den Amerikanern in Dachau abgeurteilt und hingerichtet.

Fritz Kiltz/Peter Krämer: „3 Tage fehlten zur Freiheit“, Röderberg-Verlag, Frankfurt am Main 1986, 6 Mark.

1999

Zeitschrift für Sozialgeschichte des
20. und 21. Jahrhunderts 1/87

Inhalt

Kommentar

Karl Heinz Roth Ein neues Werk der Weißwäscherei GmbH

Forschung

- | | |
|--|----|
| Oswald Burger Zeppelin und die Rüstungsindustrie am Bodensee | 6 |
| Dieter Vaupel Zwangsarbeiterinnen für die Dynamit AG | 50 |
| Ulfried Geuter Das Institut für Arbeitspsychologie und Arbeitspädagogik der Deutschen Arbeitsfront | 87 |

Dokument

- | | |
|--|----|
| Claus-Dietrich Wieland Carl Schmitt in Nürnberg (1947) | 96 |
|--|----|

Diskussion

- | | |
|---|-----|
| Bernhard Sinkel, Karl Heinz Roth und Heiner Lichtenstein Gespräch über ein Fernsehereignis: Väter und Söhne | 123 |
| Manfred Asendorf Wohin der Zeitgeist weht | 130 |

Kritik und Information

Rezensionen Volker Ullrich, Michael Stürmer: „Dissonanzen des Fortschritts“ S.143 · Norman Paech, Anti-Laudatio auf Alfred Schickel: „Vergessene Zeitgeschichte“ S.146 · Heiner Lichtenstein, Walter Laqueur, Richard Breitman: „Der Mann, der das Schweigen brach“ S.153 Prozesse „Nicht nur in Sachen Volksgerichtshof ...“ S.156 Kongresse: 7. Internationaler Kongreß für Humangenetik S.157 Bibliographie Genetik Summaries S.172 Autoren S. 175

ELKE SUHR

DIE EMSLANDLAGER



Elke Suhr

Die Emslandlager. Die politische und ökonomische Bedeutung der emsländischen Konzentrations- und Strafgefangenenlager 1933-1945. Mit einem Vorwort von Hermann Langbein.

300 Seiten, 30 Abb., 1 Lagekarte, DM 32,00 ISBN 3-924444-07-2

Erstmals wird mit dieser Studie ein Kapitel deutscher Vor- und Nachkriegsgeschichte dargestellt, das bis zum heutigen Tage, in handhabbarer Form und mit wissenschaftlicher Akribie erarbeitet, der Öffentlichkeit noch nicht zugänglich war: DIE GESCHICHTE DER EMSLANDLAGER, die 1933-38 entlang der Ems zwischen Papenburg im Norden und Lingen im Süden errichtet worden sind und in denen Gegner des NS-Regimes wie Carl v. Ossietzky, Theodor Haubach, Ernst Heilmann, Fritz Husemann und Fritz Ebert in überaus grausamer Weise gequält wurden.

„Mit großer Gründlichkeit“, so schreibt Hermann Langbein, Sekretär des „Comité International des Camps“, in seinem Vorwort zu diesem Buch, „werden hier Vorgeschichte, Entstehung und Entwicklung der Emslandlager dargestellt, konsequent werden nicht nur die Grausamkeiten der SS dokumentiert“. Die Justizverwaltung z.B. lieferte die Strafgefangenen, als „Moorsoldaten“ zur Erschließung und Kultivierung der Emslandmoore eingesetzt, dem organisierten Kern des NS-Terror systems aus und duldete weitgehend passiv die zerstörenden Strafvollzugsmethoden, die den Zuständen in den Konzentrationslagern kaum nachstünden. Es wird deutlich, daß sich die Justiz im „Dritten Reich“ keineswegs als Wächterin rechtsstaatlicher Freiheiten und humaner Strafvollzugsbedingungen gegen die politische Gewalt „von außen“ bewährt hat.

Breiten Raum widmet die Autorin darüber hinaus den vielfältigen Erscheinungen der „Lagerkultur“. Unter anderem schildert E. Suhr den Alltag in den insgesamt 15 Gefangenenlagern des Emslandes, deren bekanntestes, das „KZ Esterwegen“, bisher die Vorstellung von den Moorlagern prägte. Das Gesamtbild wird erheblich präzisiert durch die systematische Erfassung aller Lager und die Untersuchung des Umfeldes, das die Geschehnisse in den Lagern ermöglichte. Der Leser erhält einen fundamentalen Einblick in die menschenverachtende Politik des „Dritten Reiches“. Ein Buch, das nicht nur Betroffenheit auslöst, sondern zugleich die Methoden des NS-Gewaltapparates und das Bedingungsgefüge des NS-Terrors durchschaubar macht. Und ein Buch, das – so H. Langbein – „diejenigen Probleme der Zeitgeschichte“ behandelt, „denen noch immer so viele ausweichen und aus denen die Nachgeborenen doch Schlussfolgerungen für ihr Leben ziehen sollen“.

DONAT & TEMMEN VERLAG, SLEVOGTSTR. 20, D-2800 BREMEN 1

Frauen, die Auschwitz überlebten Die Zeit

Nicht nur Verzweiflung

Doris Fürstenberg: Jeden Moment war dieser Tod – Interviews mit jüdischen Frauen, die Auschwitz überlebten; Verlag Schwann Bagel, Düsseldorf 1986; 180 S., 28,- DM

Glück das war: die schönsten Haare der Welt gehabt zu haben – damals bei der Ankunft auf der Rampe – so daß man später noch von einem jungen SS-Mann auf der Lagerstraße erkannt wird, und er einem Arbeit gibt in der Schreibzelle. Glück das war: bei einem Transport in einem Auto zu sitzen, das eine Panne hat und drei Stunden auf der Straße liegen bleibt, während der Rest des Transports schon vergast wird. Glück das war: beim Schuhkommando arbeiten zu dürfen und beim Aufreißen der Schuhe manchmal Geldscheine zu finden, die man gegen Brot eintauschen konnte. Glück das war

auch: von jemand eine Zitrone geschenkt zu bekommen gegen den Typhus. Acht Frauen aus Polen, Griechenland und der Tschechoslowakei erzählen einer jungen Frau aus Berlin, wie sie das KZ Auschwitz-Birkenau überlebt haben. Heute sind sie zwischen 60 und 73 Jahre alt und sie leben alle seit langem in Israel, aber die Erinnerung an den Alltag im KZ ist lebendig geblieben: an den Schrecken, monatelang in einem Frauenlager zu leben ohne einen einzigen Tropfen Wasser; an den Schrecken, die eigene Schwester nach der Arbeit nicht mehr wiederzufinden und zu wissen: sie ist ins Gas gegangen; an den Schrecken, Menschen ausgeliefert zu sein, die in uneingeschränkter Machtfülle hier mal jemand mit Hunden hetzen, dort mal jemand totprügeln; aber auch an das Glück, abends auf der Kojе zu sitzen, den kaum nachgewachsenen Haaren mit Spucke ein wenig Stand zu geben und sich schön zu machen, als ginge man ins Theater. „Jeden Moment war dieser Tod“ ist ein grausames Buch über eine vernichtende Wirklichkeit mitten in Europa. Es ist aber auch ein schönes Buch, denn in den Worten der Frauen ist nicht nur die Verzweiflung von damals spürbar, sondern auch die ganze Kraft, die sie hat überleben lassen.

Barbara Rosenberg

Joachim Meynert/Arno Klönne (Hg.)

Verdrängte Geschichte. Verfolgung und Vernichtung in Ostwestfalen 1933-1945. Bielefeld 1986. AJZ-Verlag. 376 S.
35,- DM.

Trotz strukturgeschichtlicher Orientierung und theoriegeleitetem Forschungsinteresse hat sich die Geschichtswissenschaft seit einigen Jahren auch der lokalen und regionalen historischen Schauplätze angenommen. Ostwestfalen, einer von den politischen Macht- und Entscheidungszentren weit entfernten, einer unscheinbaren, vielleicht sogar beschaulichen Region, wird in diesem Buch der Spiegel der NS-Zeit vorgehalten. Historische Belastungen und tief verwurzelte Verdrängungen werden in ihrer traurigen Breite sichtbar. „Verfolgung und Vernichtung in Ostwestfalen“: Hinter dieser Titelzeile lassen sich Unrecht und menschliches Leid nur erahnen. Der Sammelband ist ein wichtiger Baustein einer Regionalgeschichte über den Faschismus in Ostwestfalen. In den Beiträgen wird die Situation der Juden in Paderborn, Gütersloh und Herford, der sog. „Fremdarbeiter“ sowie der politisch und religiös Verfolgten im Raum Bielefeld analysiert. Weitere Beiträge nehmen sich der bislang von der Forschung kaum beachteten Konzentrations- und Arbeitslager der Region an. Arbeiten über das „Arbeitserziehungslager“ Lahde, die Konzentrationslager an der Porta Westfalica, das Zwangsarbeitslager für Juden in Bielefeld und das Kriegsgefangenenlager in Stukenbrock werden durch einen Beitrag über die Kult- und Terrorstätte der SS in Wewelsburg abgerundet. Der letztgenannte Aufsatz stellt nicht so sehr das historische Geschehen in den Mittelpunkt, sondern zentriert die Ausführungen auf das aktuelle Problem der Verdrängung historischer Realität. Inhalte, Formen und Probleme „organisierter Gedenkens“ erhalten nachvollziehbare Konturen.

Impressum:

Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V.
- Gedenkstättenreferat -
Redaktion: Thomas Lutz

Jebensstraße 1
1000 Berlin 12

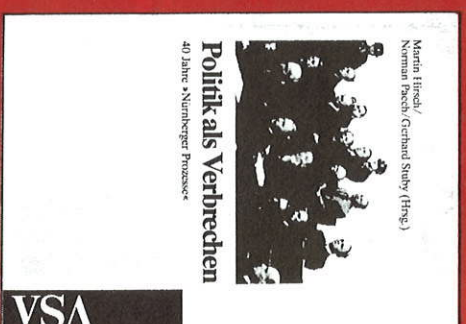
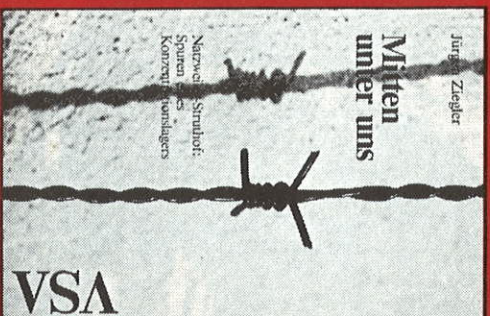
Tel.: 030 - 31 02 61

Spendenkonto:

Postscheckkonto Berlin West Nr. 675-103

Bank für Sozialwirtschaft
Konto Nr. 31 137-00, BLZ 100 205 00

Verfolgung und Widerstand



Ulrich Bauche/Heinz Brüdigam/Ludwig Elber/Wolfgang Miedew (Hrsg.)
Arbeit und Vernichtung
Das Konzentrationslager Neuengamme
Neuengamme
260 Seiten; Großf.; DM 20,-

Jürgen Ziegler
Mitten unter uns
Netzwelt Struthof: Spuren
eines Konzentrationslagers
272 Seiten; DM 19,80

Martin Hirsch/Norman Faech/
Gerhard Stuby (Hrsg.)
Politik als Verbrechen
40 Jahre "Münberger
Prozesse"
256 Seiten; DM 24,80

Bestellschein

Alle Bücher in diesem Prospekt sind über den Buchhandel oder direkt beim Verlag zu beziehen. Auch eine Postkarte genügt. Wir schicken die Bücher gegen Rechnung zu (+ Porto; ab DM 30,- portofrei).

Ich bestelle hiernit gegen Rechnung (bitte ankreuzen)

- ☐ Verachtet, Verfolgt, Vernichtet
- ☐ Ziegler, Mitten unter uns
- ☐ Hirsch, Politik als Verbrechen
- ☐ Bauche, Arbeit und Vernichtung

Name _____

Straße _____

Plz/Ort _____

Datum/Unterschrift _____

VSA-Verlag, Stresenannstr. 384 a, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/89 40 69

Projektgruppe für die vergessenen Opfer des NS-Regimes (Hrsg.)

Verachtet

Prostituierte

Bettler

Obdachlose

Homosexuelle

Verfolgt

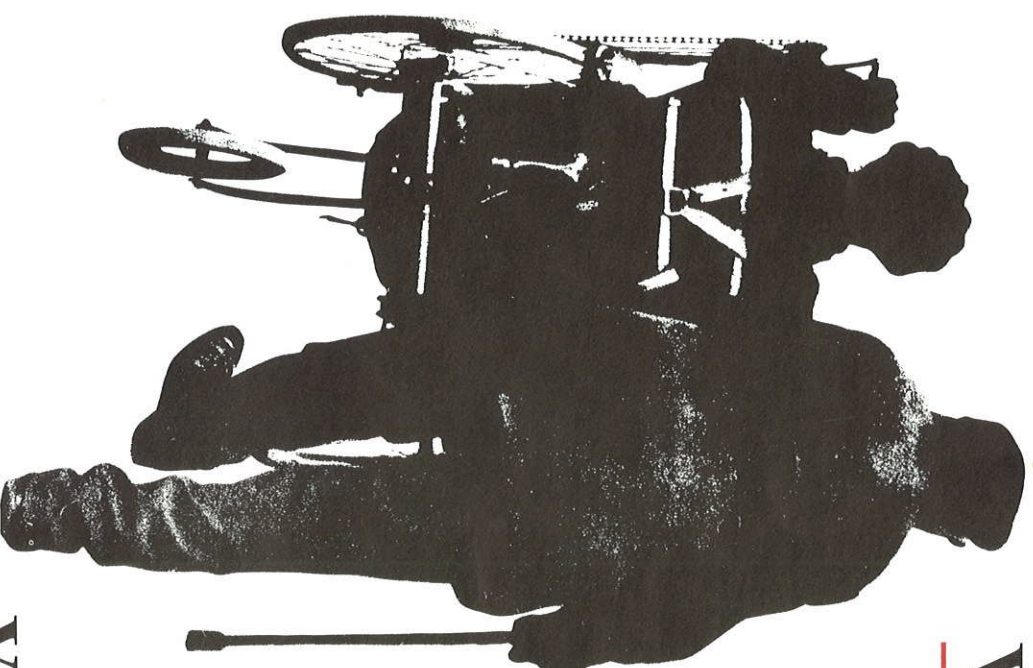
Behinderte

Bibelforscher

Swing-Jugend

Zwangssterilisierte

Vernichtet



VSA

240 Seiten; Großformat; DM 29,80

Inhalt

Detlef Garbe

Einleitung

Rainer Pohl

»Das gesunde Volksempfinden ist gegen Dad und Jo«

Zur Verfolgung der Hamburger Swing-Jugend im Zweiten Weltkrieg

Hans-Georg Sünike

Vom »unausgeglichenen Geschlechtshaushalt«

Zur Verfolgung Homosexueller

Udo Sierck

»Triumph des Willens« und Arbeitszwang

Behindertenfürsorge auf nazistischem Kurs

Michael Wunder

»Ausgesuchte, abgelaufene sekundäre Demenzen...«

Die Durchführung des Euthanasie-Programms in Hamburg am Beispiel der Alsterdorfer Anstalten

Zwangssterilisierte

Andrea Brückes

Zwangssterilisation gegen »Ballastexistenzen«

Christiane Rothmaler

Die »Volksgemeinschaft« wird ausgehört und

»wichtiges Material der Zukunft« zusammengetragen

Annett Kievenow

»Darüber konnte ich nie sprechen«

Torsten Schröder

Die Hamburger Blindenanstalt ...

Ute Christiansen

Das Krüppelheim »Alten Eichen«

Gaby Zürn

»A. ist Prostituententyp«

Zur Ausgrenzung und Vernichtung von Prostituierten und moralisch nicht-angepaßten Frauen im nationalsozialistischen Hamburg

Wolfgang Ayaß

Vom »Pik As« ins »Kola-Fu«

Die Verfolgung der Bettler und Obdachlosen durch die Hamburger Sozialverwaltung

Detlef Garbe

»Gott mehr gehorchen als den Menschen«

Neuzeitliche Christenverfolgung im nationalsozialistischen Hamburg

Stefan Romey

Zu Recht verfolgt?

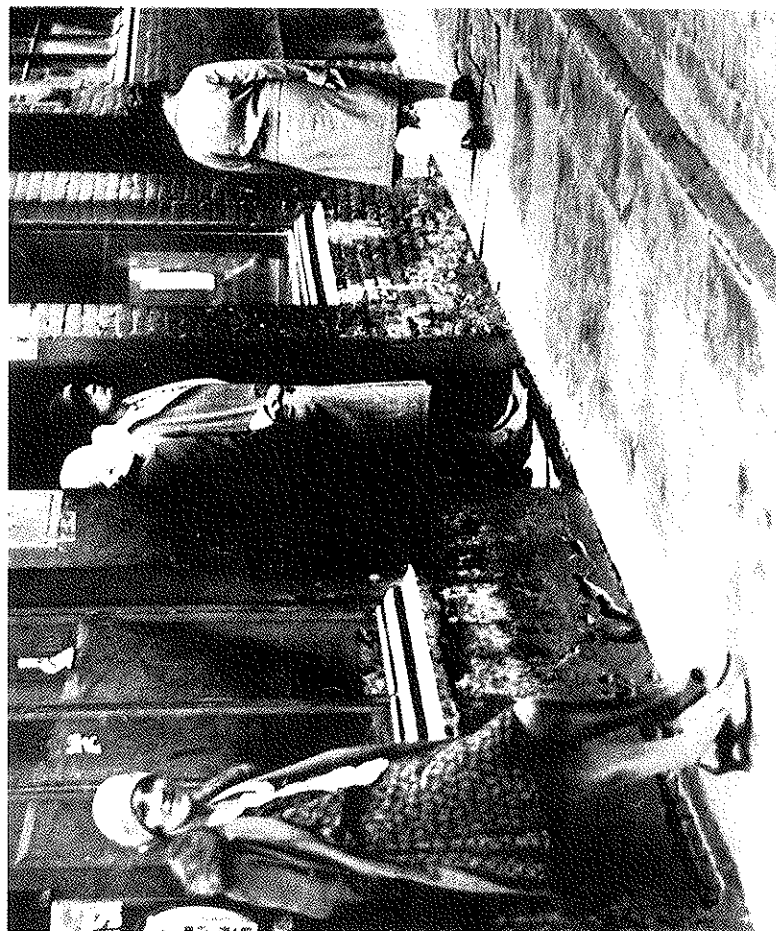
Zur Geschichte der ausgebliebenen Entschädigung

Anhang

Wenn von den Opfern des NS-Regimes die Rede ist, tauchen im öffentlichen Bewußtsein fast ausschließlich Bilder vom Holocaust auf. Der Name "Auschwitz" steht für dieses unvergleichbare Verbrechen der systematischen Ermordung von Millionen jüdischer Menschen. Weniger gegenwärtig ist, daß Menschen unterschiedlicher weltanschaulicher Einstellungen wegen ihrer politischen Gesinnung verfolgt wurden. Doch wenn sie schon bekannt, daß Jugendliche deshalb in Konzentrationslager kamen, weil sie sich für die Swing-Musik begeisterten, daß Menschen wegen ihrer Homosexualität gedemütigt, gequält und zu Tausenden in Lager verschleppt wurden, daß körperlich und geistig Behinderte selektiert wurden in noch Leistungsfähige, die zur Zwangsarbeit herangezogen wurden, und in solche, die - zu 'lebensunwerten Geschöpfen' erklärt - in Tötungsanstalten zu Zehntausenden vergast wurden, daß Hunderttausende zwangssterilisiert und damit körperlich und physisch schwer geschädigt wurden, daß Prostituierte bzw. Frauen, die als solche angesehen wurden, als 'moralisch Schwachsinnige' zum 'Schutz von Volk und Staat' in Arbeitslager und KZ's eingewiesen wurden, daß Bettler und Obdachlose in großen Razzien von der Straße weg verhaftet wurden und als sogenannte 'Asoziale' in den Konzentrationslagern zugrunde gerichtet wurden, daß Zeugen Jehovas, die damals Bibelforscher genannt wurden, wegen ihres Glaubens von der Nazijustiz zu Haftstrafen oder sogar zum Tode verurteilt wurden.



Das Leid dieser Menschen, über die in dieser Dokumentation berichtet wird, ist bis heute weitgehend unbekannt. In den Schulbüchern findet sich höchstens eine Randnotiz und es gibt keine ihre Verfolgung umfassend widerspiegelnden Gedenkstätten. Sie sind vergessene Opfer des NS-Regimes.



Der sich für Swing-Musik begeistern-
de Jugendliche und die Prostituierte,
der Homosexuelle und der Behinderte, der
Zeuge Jehovas und der Landstreicher,
sie scheinen auf den ersten Blick lediglich die Verfolgung im Nationalsozialismus als Gemeinsamkeit zu haben. Sie alle wurden als "Gemeinschaftsfeinde", "Volksschädlinge" und "Pestbeulen am gesunden Volkskörper" bezeichnet, die als nicht integrierbar in das nazistische Projekt der "Herrnrasse" mit seinem intendierten Gleichklang zwischen Einzelnen und Volksganzen galten. Bei näherer Betrachtung lassen sich jedoch weitere Gemeinsamkeiten entdecken. Ihre gesellschaftliche Ausgrenzung begann nicht erst im Jahre 1933. Als Außenseiter und Minderheiten waren die meisten von ihnen bereits stigmatisiert und verachtet, zu Objekten von staatlichem Verwaltungshandeln und Sozialpolitik degradiert, noch bevor die offene Verfolgung einsetzte.

Bei der Erfassung der Gruppen verbanden sich der Rassismus und die moderne Sozialtechnik, deren Ziele, die Rassenhygiene, Verminderung der Sozialausgaben und Aussonderung Unangepaßter, von der Mehrheit der Bevölkerung ge-

teilt wurden und sich auf deren "gesundes Volksempfinden" stützen konnten. Sofern die verfolgten Menschen die Zeit des Nationalsozialismus überlebten, blieben sie nach 1945 Opfer, von der Wiedergutmachung weitestgehend ausgeschlossen und von der Gesellschaft gemieden. Bei aller Unterschiedlichkeit ihrer jeweiligen Situation, das Erleben der Kontinuität der Intoleranz, die fortwährende gesellschaftliche Ächtung und die erneute Diskriminierung ist ihnen bis heute gemeinsam.

1983 konstituierte sich die "Projektgruppe für die vergessenen Opfer des NS-Regimes in Hamburg". Ziel des Projekts war die Dokumentation der Verfolgung von Minderheiten, sowohl in Form einer Studie - die nuremehr der Öffentlichkeit vorliegt - als auch in Form einer (Wander-)Ausstellung, die am 4. Mai 1987 im Hamburger Rathaus eröffnet und später der KZ-Gedenkstätte Neuengamme als ständige Ausstellung übergeben werden soll. Mit ihrer Arbeit hofft die Projektgruppe zur Überwindung der Vereinzelung Verfolgter beizutragen und in der Öffentlichkeit Bewußtsein und Verständnis für sie zu schärfen.

Jebensstraße 1, 1000 Berlin 12
Telefon: (030) 31 02 61

Postscheckkonto Berlin West Nr. 675-103
Bank für Sozialwirtschaft
Konto Nr. 31 137-00, BLZ 100 205 00

Vom 20. bis 23. November 1986 hat das achte Koordinierungstreffen der Gedenkstätten und -Initiativen für die Opfer des NS-Regimes in Bonn stattgefunden, an dem Vertreter von zehn Gedenkstätten, verschiedenen Organisationen und Einzelpersonen teilgenommen haben.

Ein intensiver Diskussionspunkt war die Haltung der Gedenkstätten zu dem in Bonn geplanten zentralen Mahnmal für die Opfer der Kriege und der Gewaltherrschaft. Folgende Position wurde herausgearbeitet:

Alle gegenwärtigen Planungen für ein zentrales Mahnmal für die Opfer des Krieges und der Gewaltherrschaft in Bonn werden grundsätzlich und entschieden abgelehnt.

Durch das geplante Denkmal wird die notwendige Differenzierung zwischen Tätern und Opfern bis zur Unkenntlichkeit verwischt. Es ist unangemessen, derer zu gedenken, die verfolgt wurden, und gleichzeitig derer, die durch ihre Handlung die Verfolgung erst ermöglicht haben. Ein derartiges Mahnmal stellt eine Beleidigung aller Verfolgten des NS-Regimes dar. Damit bietet es keinerlei Möglichkeit, zu einer würdigen Ehrung und zu einer Aussöhnung zu gelangen.

Darüber hinaus ist das geplante Mahnmal eine Zumutung für Gäste aus den Ländern, die vom deutschen Faschismus überfallen wurden. Es ist für sie unzumutbar, an einem Ort Kränze niederzulegen, an dem auch der Mörder ihrer eigenen Staatsangehörigen gedacht werden soll.

In der Bundesrepublik Deutschland ist noch immer die moralische Anerkennung der Verfolgten des NS-Regimes und deren materielle Entschädigung nicht umfassend erfolgt. Es steht zu befürchten, daß mit dem Bau des zentralen Mahnmals in Bonn diese beschämende Realität bestärkt wird.

Das geplante Denkmal steht im Zusammenhang mit dem Versuch, nationale Identität durch Relativierung der Nazi-Verbrechen zu stiften. Dies zeigt sich in der Entlastung von geschichtlicher Verantwortung durch den Verweis auf das eigene Geburtsdatum, die inszenierte "Versöhnung" von Mördern und Ermordeten auf dem Soldaten-Friedhof in Bitburg und die Leugnung der Singularität der Nazi-Verbrechen in der jüngsten öffentlichen Diskussion. Ein erstes Ergebnis dieser Entwicklung ist das manifeste Auftreten von Antisemitismus.

Ein Denkmal kann nicht leisten, ein historisch-politisches Bewußtsein zu vermitteln. Dies ist aber gerade angesichts der momentanen gesellschaftlichen Situation notwendig.

Die regionalen Gedenkstätten, die zumeist am Ort des Geschehens arbeiten, leisten durch ihre präzise Erinnerung einen unverzichtbaren Beitrag für dieses Bewußtsein. Sie stoßen aber bei ihrer Arbeit immer noch auf konkrete Widerstände und finden zu wenig staatliche Unterstützung.

Nicht ein steinernes Zeichen ist notwendig, sondern eine lebendige und kontroverse Diskussion. Diese hat gerade erst begonnen. 40 Jahre nach der Befreiung werden viele Fragen erst aufgeworfen, die vorher zuwenig diskutiert worden sind. An diesem Ansatz gilt es weiter zu arbeiten.

Th. Lutz

(Thomas Lutz)

Für die Gedenkstätten/-initiativen